



FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

„ICH WOLLTE ETWAS
BEWEGEN.“
DIE MITGLIEDER DER CDU

EINE EMPIRISCHE ANALYSE VON MITGLIEDERN,
WÄHLERN UND DER BEVÖLKERUNG

VIOLA NEU

FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

„ICH WOLLTE ETWAS BEWEGEN.“ DIE MITGLIEDER DER CDU

**EINE EMPIRISCHE ANALYSE VON MITGLIEDERN,
WÄHLERN UND DER BEVÖLKERUNG**

VIOLA NEU

*Urheber:
Viola Neu*

*Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2017, Sankt Augustin/Berlin*



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

© 2017, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © m. schuckart, fotolia.com

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln

Satz: workstation, Niederkassel

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-243-6

INHALT

5		VORWORT	
7		PARTEIMITGLIEDER UND BEVÖLKERUNG	
19		DAS IMAGE DER CDU	
21		DIE ARBEIT DER CDU	
23		DAS ANSEHEN DER PARTEIMITGLIEDER	
29		DIE CDU-MITGLIEDER IM ZEITVERLAUF	
31		INNERPARTEILICHE PARTIZIPATION	
37		MITMACHEN ODER ZUSEHEN: DIE AKTIVITÄT DER MITGLIEDER	
41		INFORMATIONSV ERHALTEN	
45		POLITISCHE SOZIALISATION	
49		DAS „C“ IN DER CDU	
55		RELIGIÖSE GRUNDHALTUNG	
57		DIE SOZIALSTRUKTUR DER CDU-MITGLIEDER	
63		KOMMENTARE DER MITGLIEDER	
65		ZUSAMMENFASSUNG	
67		ANHANG – METHODISCHES VORGEHEN	
		Die repräsentative CDU-Mitgliederumfrage	67
		Die qualitative Umfrage: Parteimitglieder aller Parteien und zivilgesellschaftlich Engagierte	67
		Die repräsentative Bevölkerungsumfrage	68
69		LITERATUR	
71		DIE AUTORIN	
71		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

VORWORT

Parteien genießen das Privileg, Gegenstand einer breiten Forschungslandschaft und in allen Medien präsent zu sein. Kein Tag vergeht, ohne dass es Online, im Fernsehen, im Radio oder im Printbereich Berichte, Analysen oder Kommentare gibt. Das gilt ebenso für die Parteienforschung. Sie ist in viele Teildisziplinen differenziert und umfasst damit ein erhebliches inhaltliches und somit methodisches Spektrum. Ihre Forschungsgegenstände sind zahlreich: Die Geschichte der Parteien, rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Binnenstrukturen von Parteien (Programmatik und Organisation), ihre Aktionsfelder (z.B. Wahlkämpfe), die Beziehung der Parteien zu ihren Mitgliedern und Wählern, international vergleichende Parteienstudien, Partei Typologien, Parteiensysteme und die Beziehungen der Parteien zu Dritten (z.B. Medien oder Verbände).

Ein eigener Forschungszweig innerhalb der Parteienforschung sind Studien über die Mitgliederparteien¹. Mitgliederparteien besitzen „eine relativ feste Organisationsstruktur, die sicherstellt, dass ihre Mitglieder am Prozess der Politikformulierung und Entscheidungsfindung nennenswert beteiligt sind“². Ein Teil der Forschung findet Belege für einen bevorstehenden Untergang oder zumindest Veränderung der Typologie der Mitglieder-, aber auch der Volksparteien. Andere sehen zwar Krisensymptome, formulieren ihr Urteil aber vorsichtiger. Bei aller Niedergangsrhetorik ist immerhin bedenkenswert, dass Deutschland mit der Sozialdemokratie eine Partei hat, die auf eine – je nachdem, wann Historiker das Gründungsdatum festlegen³ – fast 170-jährige Geschichte blicken kann. Einer Partei, die zwei Diktaturen, zwei Weltkriege und drei Parteiverbote⁴ überleben konnte, kann man eine gewisse Anpassungs- und Überlebensfähigkeit durchaus attestieren.

Kernargument der Niedergangsdebatte ist der seit etwa Mitte der 1970er Jahre einsetzende Mitgliederschwund bei SPD und CDU. In der Logik der Parteienforschung sind davon die „parties on the ground“ betroffen, also die Basisorganisationen, die als Scharnier zwischen Parteien und Gesellschaft gedacht sind. „Parties in central office“ und „parties in public office“⁵ sind hingegen in ihrer Funktionsausübung eher indirekt betroffen. Parallel zum Mitgliederrückgang würden Parteien sich wandeln und damit auch unabhängiger von den Aktivitäten der Mitglieder sein, so eine der Thesen. Es gilt also der Frage nachzugehen, ob und wenn ja, welche Auswirkungen der Mitgliederrückgang auf die Aufgabenerfüllung hat. Eng damit verbunden ist die Frage, welche Parteiform aus der Mitgliederpartei heraus entstehen kann.

Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zur Forschung über Mitgliederparteien. Sie setzt eine Tradition von CDU-Mitgliederumfragen fort, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahrzehnten durchgeführt werden. Mit der Umfrage von 2015 liegt nun die vierte repräsentative Studie vor. Bereits in den Jahren 1977, 1992/1993 und 2006 wurden CDU-Mitglieder⁶ befragt. 1992/1993 und 2015 wurden zusätzlich repräsentative Bevölkerungsdaten erhoben.

1| Vgl. Wiesendahl, Elmar, 2006; Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar, 2009.

2| Wiesendahl, Elmar/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar, 2009: S. 11.

3| 1848 Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung.

4| Kaiserreich (Sozialistengesetz), Drittes Reich, DDR (Zwangsvereinigung).

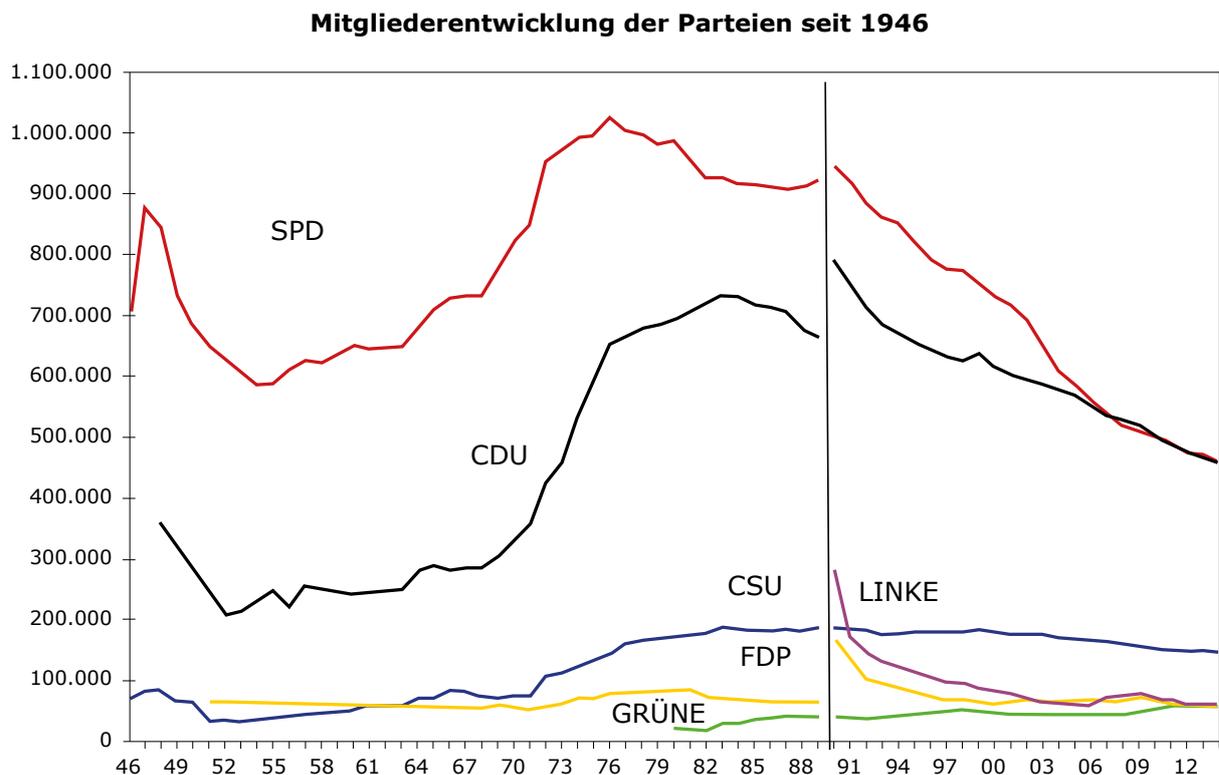
5| Als „party in central office“ wird der Parteiapparat, als „party in public office“ die Regierungs- und Parlamentsfunktionen bezeichnet.

6| Falke, Wolfgang, 1982; Veen, Hans-Joachim/Neu, Viola, 1995; Bürklin, Wilhelm P./Neu, Viola/Veen, Hans-Joachim, 1997; Neu, Viola, 2007; Neu, Viola, 2009.

PARTEIMITGLIEDER UND BEVÖLKERUNG

Der Mitgliederschwund der Parteien ist vielfach dokumentiert. In einer langfristigen Rückschau zeichnen sich jedoch verschiedene Phasen ab. Die Zahl der Parteimitglieder ging nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst zurück, um dann in den 1950er Jahren wieder anzusteigen. In den 1960er Jahren begann der rasante Aufstieg der CDU und der SPD, der im Falle der SPD bis Mitte der 1970er Jahre und bei der CDU bis in die frühen 1980er Jahre andauerte. Seitdem sinken die Mitgliederzahlen. Nach der deutschen Wiedervereinigung kam es für CDU und FDP zu einem vereinigungsbedingten Anstieg der Mitglieder. Doch der Trend eines generellen Mitgliederschwunds wurde damit nur kurzzeitig „optisch“ verändert. Vom Mitgliederschwund sind vor allem die beiden Volksparteien CDU und SPD betroffen. Die kleineren Parteien, einschließlich der CSU, können ihre Mitgliederzahlen im Großen und Ganzen halten¹.

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung der Parteien.



Quelle: Niedermayer, Oskar: *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015*.
Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 25, FU Berlin 2015.

Parteien² können im besten Fall ihre Mitgliederzahl halten, im schlechtesten Fall schrumpft sie. Es gelingt ihnen nicht, die Rekrutierungsquote³ in nennenswertem Ausmaß zu steigern, um Mitglieder hinzuzugewinnen. Bei den von Oskar Niedermayer (2015) dokumentierten Daten halten sich die Ein- und Austritte⁴ (von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen) etwa die Waage⁵. Rechnet man noch die

Todesfälle hinzu, verhindern die Eintritte nicht das Schrumpfen der Parteien⁶. Obwohl alle Parteien in den letzten Jahrzehnten viele Anläufe unternommen haben, die Anzahl und die Zusammensetzung ihrer Mitglieder durch unterschiedliche Maßnahmen zu verändern, scheinen diese Bemühungen derzeit nicht von Erfolg gekrönt zu sein.

Für die sinkende Rekrutierungsfähigkeit⁷ der Parteien werden vor allem gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse in der Literatur diskutiert wie Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen und Lebensstile. Rekrutierten SPD und CDU früher viele ihrer Mitglieder aus dem vorpolitischen Raum, etwa in kirchennahen oder gewerkschaftlichen Milieus, ist diese Quelle inzwischen weitgehend versiegt. Es gibt auch Analysen, denen zufolge das parteiliche „Innenleben“ wenig anziehend auf potenzielle Mitglieder sei. Geht man von einer Änderung der Bedürfnisse der Menschen in Bezug auf Freizeit und Partizipation aus, dann kann man diesem Gedankengang durchaus folgen. Dennoch ist er nicht schlüssig: Erst als Mitglied einer Partei kann man auf entsprechende Erfahrungen zurückgreifen. Außerdem dürfte diese negative Anreizstruktur unverändert auch in der Hochphase der Parteien in den 1970er Jahren gleichsam vorhanden gewesen sein.

Der für viele selbstverständliche Zugang zu Parteien, der über die den Parteien nahestehende Zusammenschlüsse oder Organisationen vermittelt wurde, ist vom Strom zum Rinnsal ausgetrocknet und neue Zugangswege zu Parteien haben sich nicht aufgetan. „Vor diesen tief greifenden gesellschaftlichen Strukturwandlungen läuft eine Ära aus, in der Parteien noch als milieuverwurzelte Solidargemeinschaften und Lagerparteien betrachtet werden konnten“⁸. Heute streben andere Menschen in Parteien, die auch unterschiedliche Blickwinkel mitbringen. Ob sie auch zusätzliche Anforderungen an die parteipolitische Partizipation stellen, ist schwer zu sagen: Nach Ergebnissen einer qualitativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung von Mitgliedern aller Parteien, ist der „Unique Selling Point“ der Parteien tatsächlich das Politische⁹. Mitglieder wissen durchaus das politisch-gesellige Parteileben zu schätzen. Der Austausch mit Gleichgesinnten über Politik ist ein wesentliches Element, da viele Mitglieder weder im privaten noch im beruflichen Umfeld politische Diskurse führen. Menschen, die sich zivilgesellschaftlich organisieren und engagieren, scheinen die Lücke nicht füllen zu können, welche das Schrumpfen der sozial-moralischen Milieus geschaffen hat. In den qualitativen Interviews war eine deutliche Kluft erkennbar: Wer sich außerhalb von Parteien engagiert und dort „sein Ding“ macht, entscheidet sich bewusst gegen eine Mitarbeit in einer Partei. Die Motivatoren sind andere: Themen sind eng gesetzt, dafür fühlen sich zivilgesellschaftlich Engagierte in ihrer Selbstwahrnehmung „freier“ als Parteimitglieder, da sie befürchten, in einer Partei sich einer Parteilinie anpassen und unterordnen zu müssen.

Die Frage, warum die Mitgliederparteien an Attraktivität verloren haben, ist damit noch nicht befriedigend¹⁰ beantwortet. Eine Melange aus gesamtgesellschaftlichen Trends, sozialstrukturellen, mentalen sowie moralischen Veränderungen und neuen Bedürfnissen wirken sich auf Mitgliederparteien direkt aus. Ihre Steuerungsfähigkeit beschränkt sich jedoch auf den innerparteilichen Bereich. Hier können andere Wege beschritten werden, die jedoch strukturell und organisatorisch nicht völlig offen sind, da sie den Bedingungen der demokratischen innerparteilichen Willensbildung Rechnung tragen müssen. Daher haben die bisher angestrebten Reformprozesse vor allem Auswirkungen auf die Bestandsmitglieder. Ob sie zukünftig die Parteien für Neumitglieder attraktiver machen, ist offen. Zu viele Parameter spielen eine Rolle. Alternativlos sind die Reformen trotzdem, da die Parteien sonst tatenlos einen unkalkulierbaren gesellschaftlichen Wandel erwarten müssten.

Heute treten zwar deutlich weniger Menschen in Parteien ein als in den 1970er Jahren. Doch sind es so wenige auch nicht: So haben sich in dem politisch wenig spektakulären Jahr 2014 über 41.000 Bürger entschieden, Mitglied einer der etablierten Parteien zu werden. Im Wahljahr 2013 traten etwa 54.000 Bürger in Parteien ein¹¹.

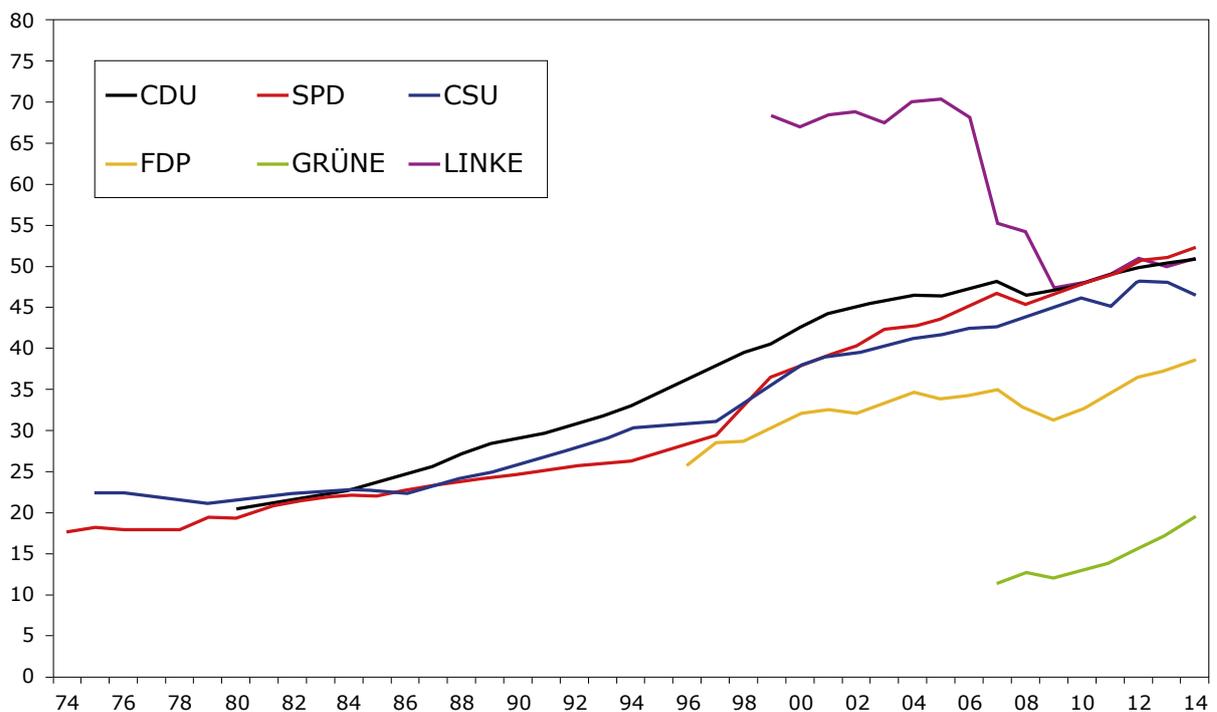
Austritte und Verluste durch den Tod von Mitgliedern können durch Neueintritte nicht mehr ausgeglichen werden. Dies hat Folgen für die Altersstruktur der Mitglieder. Alle Parteien befinden sich im Prozess des allmählichen „Ergrauens“, auch die Grünen. So ist der Anteil über 60-jähriger Mitglieder seit den 1970er Jahren in allen Parteien angestiegen. Bei der Linken wurde diese Entwicklung durch die Fusion von WASG und PDS im Jahr 2007 kurzfristig angehalten. Durch die WASG-Mitglieder hat sich das Durchschnittsalter der Linken gesenkt.

Das schleichende „Ergrauen“ ist wahrlich kein Alleinstellungsmerkmal von Parteien. Bei einer Vielzahl von Organisationen ist der Anteil der über 60-Jährigen kontinuierlich. Dies ist aufgrund des demografischen Wandels geradezu zwingend, wenn auch die Überalterung in den Parteien schneller und stärker zunimmt als in der Bevölkerung. So ist der Anteil der über 60-Jährigen in der Bevölkerung von 1960 bis 2013 um ca. zehn Punkte angestiegen und beträgt 2013 27,1 Prozent¹². Je nach Partei variiert der Anteil der über 60-Jährigen, doch ist der Anstieg bei allen kontinuierlich vorhanden (s. Abb. 2).

Abbildung 2: Anteil älterer Jahrgänge seit 1974.

Anteil älterer Jahrgänge seit 1974

(ab 60/61 J., ab 08: ab 61 J.; %)



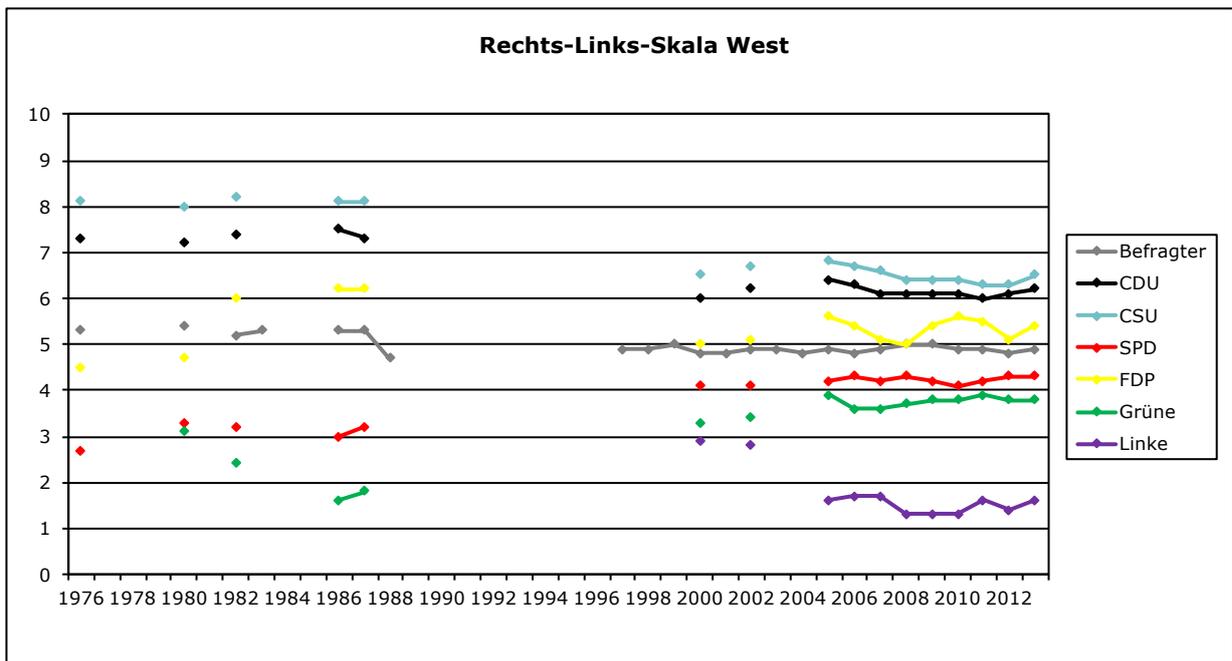
Quelle: Niedermayer, Oskar: *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015*.
Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 25, FU Berlin 2015.

Mitglieder und Wähler einer Partei können einander ähnlich sein. Doch haben sich beide Gruppen auch schon immer unterschieden. Bei der Sozialstruktur sind die Unterschiede zwischen Parteien, Bevölkerung und ihren Wählern bekannt. Mitglieder aller Parteien sind im Vergleich mit den Anhängern „ressourcenstärker“, was sich vor allem an Bildung und Einkommen, aber auch am Zeitbudget messen lässt. Doch inwieweit stimmen politische Positionen und Inhalte von Mitgliedern und Bevölkerung überein?

Aus vergleichenden Befragungen von Mitgliedern aller Parteien weiß man, dass sich bei Mitgliedern ein Trend zur Bewegung in die Mitte abzeichnet. Vor allem Mitglieder „linker“ Parteien bewegten sich zwischen 1998 und 2009 nach rechts (gemessen an der Rechts-Links-Skala). Die Mitglieder der CDU verharrten auf ihrer Position, die Mitglieder der CSU sind um 0,2 Skaleneinheiten nach links gewandert¹³.

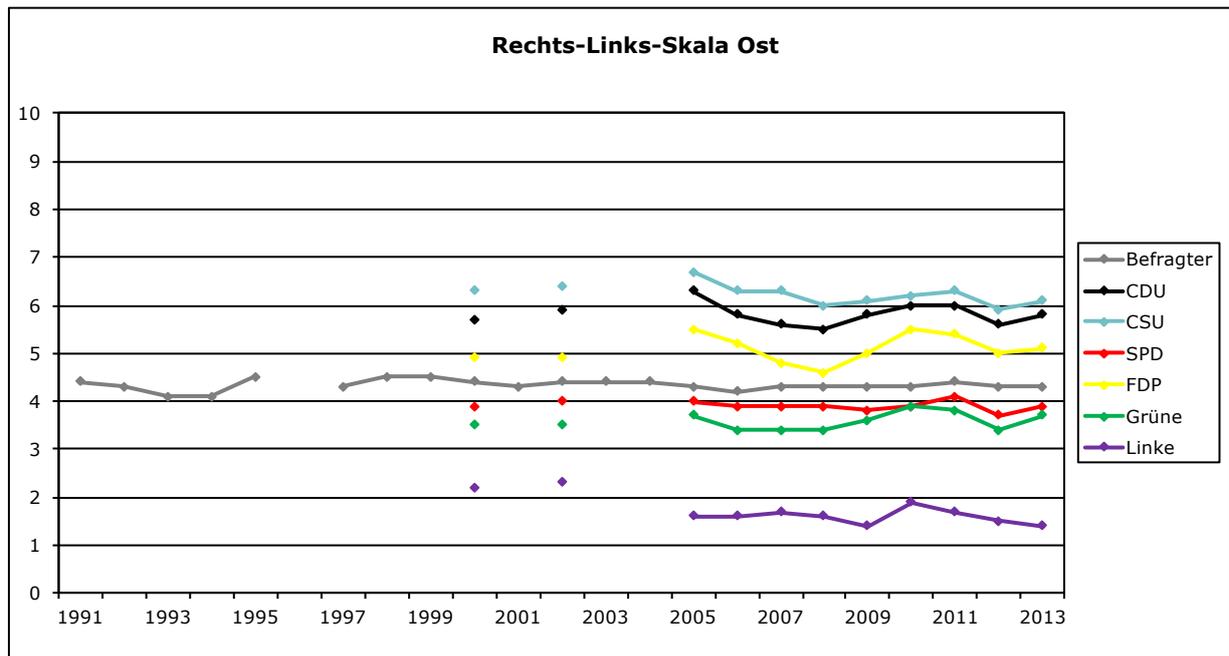
Stufen Wahlberechtigte Parteien auf der Rechts-Links-Skala ein, zeigt sich ebenfalls der Trend zur Mitte. Alle Parteien werden im Zeitverlauf stärker in der Mitte verortet, in der sich die Wahlberechtigten im Übrigen schon immer sahen. In den neuen Ländern befinden sich die Parteien, wie auch die Selbsteinstufung der Befragten, etwas weiter „links“ als in den alten Ländern.

Abbildung 3: Rechts-Links-Skala West.



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, eigene Berechnung, 10=Rechts; 0=Links.

Abbildung 4: Rechts-Links-Skala Ost.



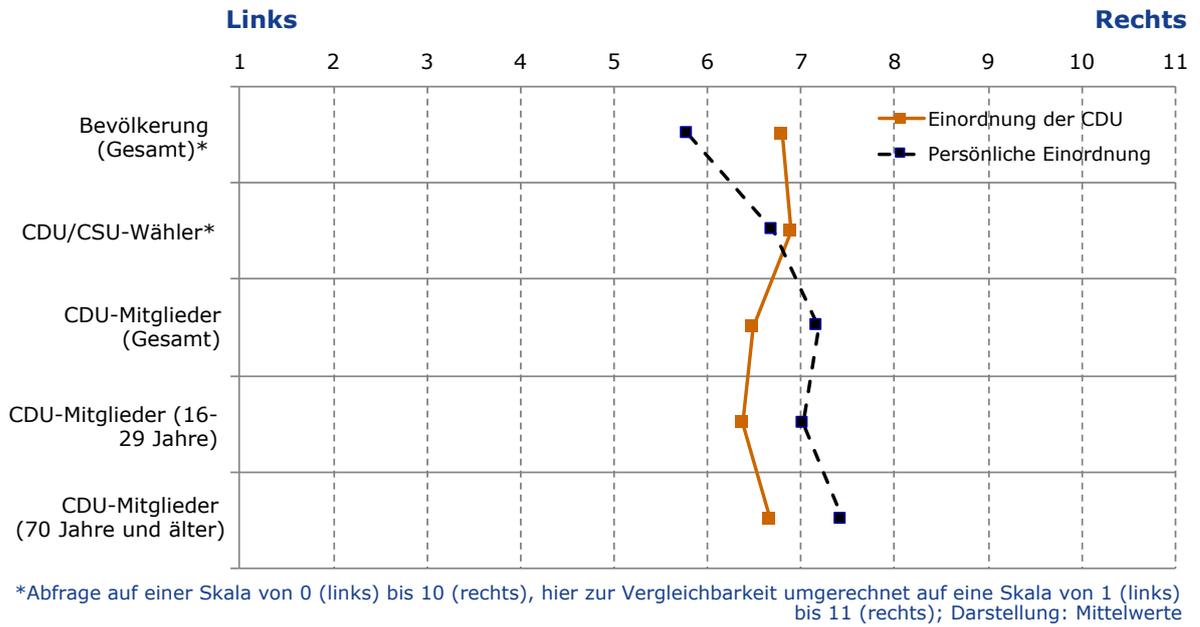
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, eigene Berechnung, 10=Rechts; 0=Links.

Vergleichende Mitgliederuntersuchungen haben zum Teil erhebliche Positionsunterschiede zwischen Mitgliedern und Wählern von Parteien zutage gefördert. Tim Spier kommentiert, dass die Mitglieder fast „ausnahmslos pointiertere politische Positionen als die Wähler“ vertreten¹⁴. Mitglieder der Parteien des linken Spektrums haben eine größere Distanz zu den Positionen der Wähler dieser Parteien als Mitglieder der Parteien des rechten und mittleren Spektrums.

Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung (unter CDU-Mitgliedern) bestätigen diesen Trend. Die Bevölkerung stuft die CDU deutlich rechts von sich ein. CDU-Wähler stufen sich weiter rechts ein als die Bevölkerung. Die Partei ist etwas rechts von den Wählern, die Distanz ist jedoch sehr gering. Aus der Perspektive der CDU-Mitglieder befindet sich hingegen die CDU als Partei deutlich links von der eigenen Position, während die Mitglieder etwa den Wert einnehmen, den die CDU in der Bevölkerung hat. Diese Selbsteinstufung der CDU-Mitglieder verändert sich auch nicht, wenn man die CDU-Mitglieder in unterschiedliche Altersgruppen einteilt. Im Kontrastgruppenvergleich der älteren und der jüngeren Mitglieder gibt es so gut wie keine Unterschiede.

Dies korrespondiert auch mit Befunden aus der Parteienforschung. Auch wenn in politischen Feuilletons behauptet wird, die Parteien würden sich nicht mehr voneinander unterscheiden, so deuten die Analysen der Wahlprogramme¹⁵ im Zeitverlauf in eine andere Richtung. Die Parteiprogramme „bilden differenzierte Profile. Der häufig behauptete starke Trend zur Konvergenz der Parteipositionen lässt sich empirisch nicht bestätigen“¹⁶.

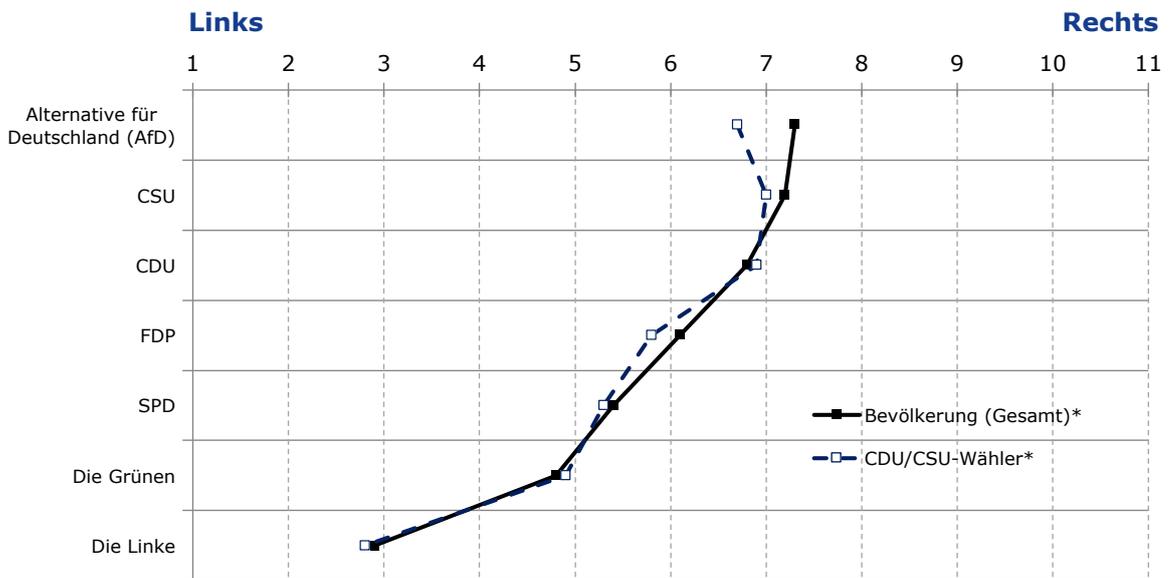
Abbildung 5: Rechts-Links-Skala.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Wechselt man die Perspektive und vergleicht die Einstufung der Parteien durch die Bevölkerung mit der Einstufung durch CDU/CSU-Wähler, unterscheiden sich die Wähler kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt. Nur bei der AfD ergibt sich eine Abweichung: Die Partei wird von allen Befragten am weitesten rechts¹⁷ eingestuft. Lediglich die Wähler der Union stufen die CSU etwas weiter rechts als die AfD ein und die FDP etwas weiter links als alle.

Abbildung 6: Rechts-Links-Skala.

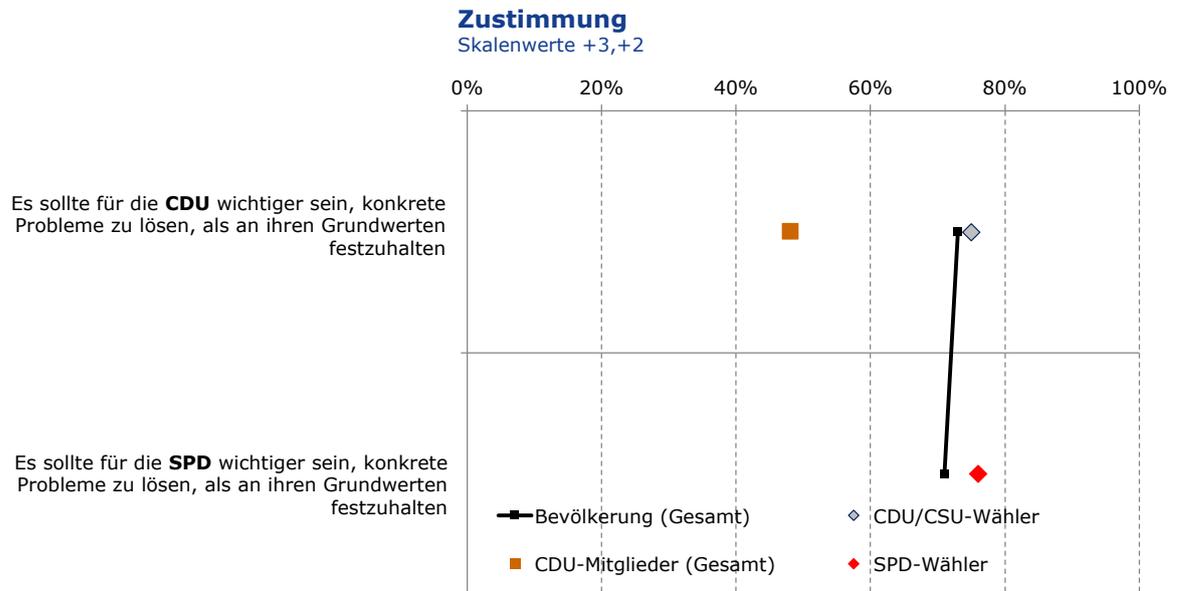


*Abfrage auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts), hier zur Vergleichbarkeit umgerechnet auf eine Skala von 1 (links) bis 11 (rechts); Darstellung: Mittelwerte, Sortierung nach Einordnung (absteigend) für „Bevölkerung (Gesamt)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Zwischen Mitgliedern, Wählern und Bevölkerung gibt es noch einen weiteren Unterschied. Wähler von Union und SPD sowie die Bevölkerung legen großen Wert auf die Lösung von Problemen durch die von ihnen jeweils präferierte Partei. Die Grundwerte der jeweiligen Partei sind für Wähler und Bevölkerung weniger von Bedeutung. Den Mitgliedern der CDU ist die Orientierung an den Grundwerten ihrer Partei hingegen wichtiger als die konkrete Problemlösung.

Abbildung 7: Problemlösung oder Grundwerte.

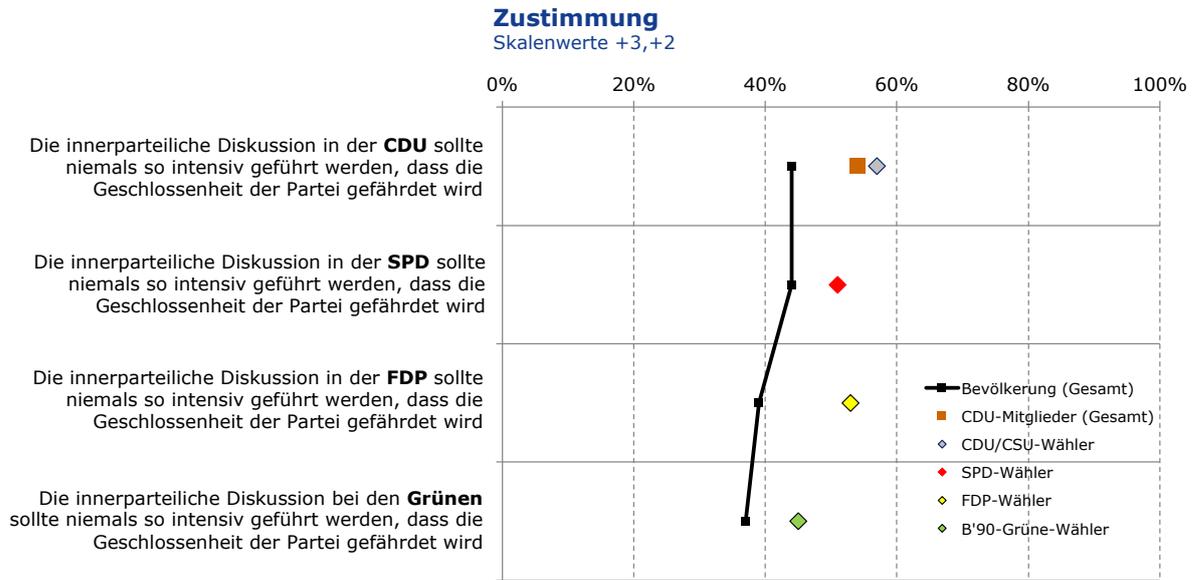


Sechsstufige Skala von +3 bis -3 (ohne Nullpunkt); Sortierung nach Zustimmung (+3,+2) für „Bevölkerung (Gesamt)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Während in der Bevölkerung die innerparteiliche Geschlossenheit im Allgemeinen als verhältnismäßig unwichtig angesehen wird, ändert sich diese Einschätzung in den jeweiligen Anhängerschaften deutlich, nämlich dann, wenn es um „ihre“ Partei geht. Nach der innerparteilichen Geschlossenheit der jeweils präferierten Partei gefragt, ist bei allen Anhängerschaften der Wunsch danach stark ausgeprägt. Am unwichtigsten ist dies den Anhängern der Grünen, die anscheinend gegenüber innerparteilichen Diskussionen eine größere Offenheit zeigen. Hier unterscheiden sich CDU-Mitglieder so gut wie nicht von den CDU-Wählern. Beide Gruppen legen auf innerparteiliche Geschlossenheit Wert.

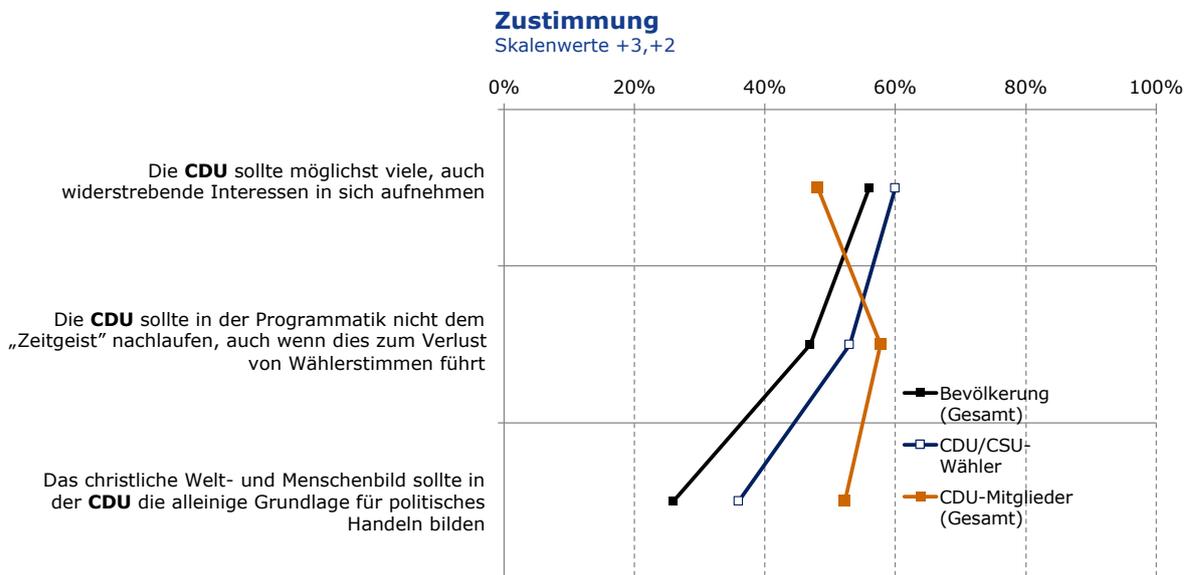
Abbildung 8: Innerparteiliche Geschlossenheit.



Sechsstufige Skala von +3 bis -3 (ohne Nullpunkt); Sortierung nach Zustimmung (+3,+2) für „Bevölkerung (Gesamt)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Abbildung 9: Programmatik und Problemlösung.

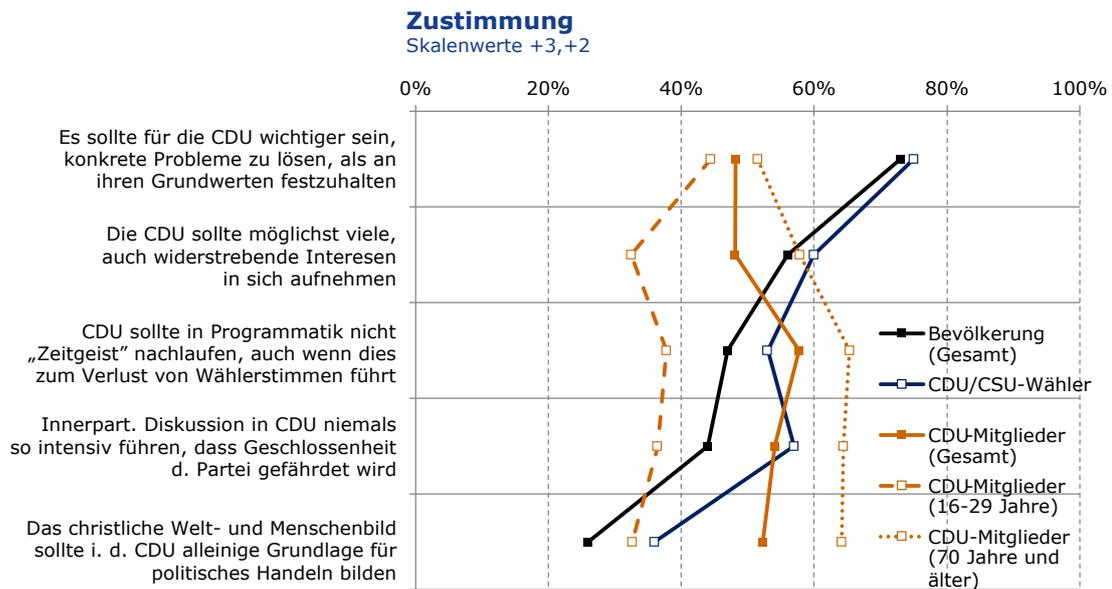


Sechsstufige Skala von +3 bis -3 (ohne Nullpunkt); Sortierung nach Zustimmung (+3,+2) für „Bevölkerung (Gesamt)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Auch in anderen Fragen zeigen sich abweichende Bewertungen zwischen Mitgliedern der CDU, den Unionswählern und der Bevölkerung. Die Mitglieder lehnen widerstrebende Interessen innerhalb der Partei stärker ab als die beiden Referenzgruppen, und sie sind häufiger der Ansicht, das christliche Welt- und Menschenbild sollte für die CDU die alleinige Grundlage politischen Handelns sein. Eine stärker am „Zeitgeist“ orientierte Programmatik lehnen die CDU-Mitglieder ebenfalls ab. Doch ergeben sich hier innerhalb der Mitgliedschaft erhebliche altersabhängige Einstellungen: Die über 70-jährigen Mitglieder sind zu 65 Prozent der Ansicht, die CDU solle nicht dem „Zeitgeist“ nachlaufen, bei den 16- bis 29-jährigen Mitgliedern liegt die Zustimmung für neue programmatische Entwicklungen bei 38 Prozent. Doch sind die Jüngeren gegenüber heterogenen Interessen innerhalb der Partei kritischer eingestellt als ältere Mitglieder. So sagen 58 Prozent der Älteren, die CDU solle möglichst viele widerstrebende Interessen aufnehmen, von den Jüngeren stimmen dem gerade einmal 31 Prozent zu. Auch die konkrete Problemlösung gegenüber einem Festhalten an Grundwerten bevorzugen nur 44 Prozent der jüngeren Mitglieder. Bei der Frage nach der Intensität innerparteilicher Diskussionen sind die Antworten der älteren Mitglieder ebenfalls näher bei den Anhängern der Union als die Einstellungen der jüngeren Mitglieder. Lediglich in einem Feld ist die Nähe der jüngeren Mitglieder zur Bevölkerung und den Wählern der Union größer als bei den älteren Mitgliedern: Je jünger die Mitglieder sind, desto unwichtiger ist ihnen das christliche Welt- und Menschenbild als Handlungsgrundlage. Nur ein Drittel der 16- bis 29-Jährigen stimmt hier zu, während es bei den über 70-Jährigen etwa doppelt so viele sind. Damit weichen die Einstellungen der jüngeren Mitglieder in den meisten Feldern zum Teil deutlicher von den Ansichten der Wähler und der Bevölkerung ab, als dies bei älteren Mitgliedern der Fall ist.

Abbildung 10: Programmatik und Problemlösung.

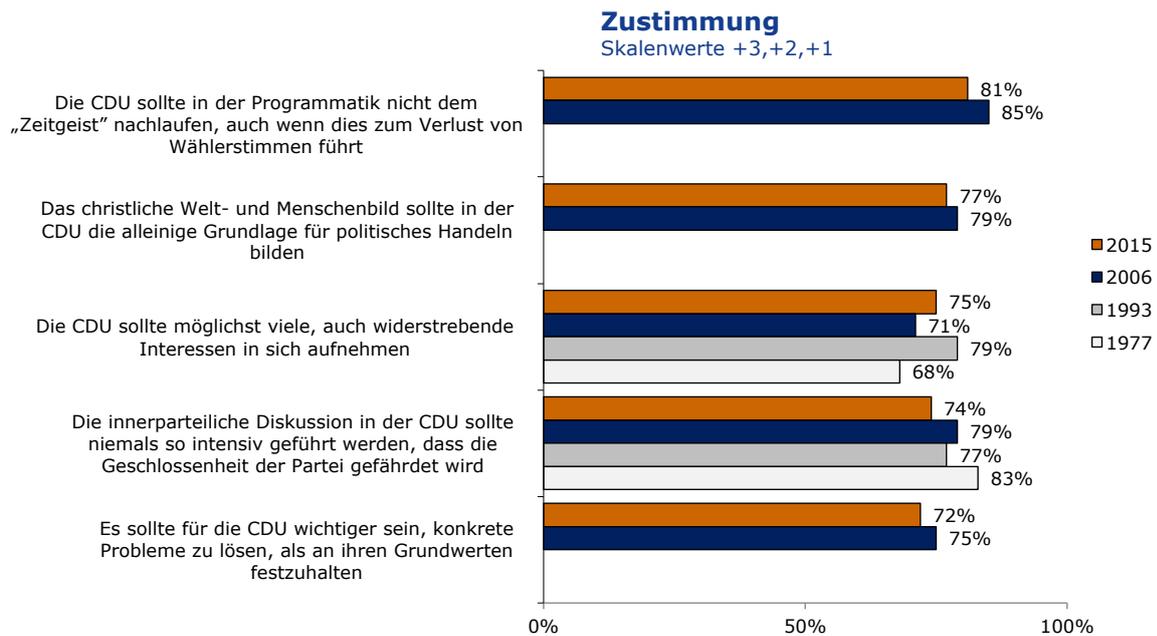


Sechsstufige Skala von +3 bis -3 (ohne Nullpunkt); Sortierung nach Zustimmung (+3,+2) für „Bevölkerung (Gesamt)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Unter den CDU-Mitgliedern, bei denen ein Trend vorliegt, haben sich seit den 1970er Jahren keine Veränderungen in der Bewertung dieser programmatisch-strategischen Fragen ergeben. Die hohe Zustimmung zu sich eigentlich ausschließenden grundsätzlichen Handlungsoptionen lässt die Schlussfolgerung zu, dass ein Nebeneinander dieser Positionen gewünscht ist: Innerparteiliche Geschlossenheit, widerstrebende Interessen, konkrete Problemlösung, christliches Menschenbild als alleinige Grundlage und eine Orientierung auf die Programmatik unabhängig vom „Zeitgeist“ stellen den hier gemessenen Rahmen dar, in der Politik gestalten soll.

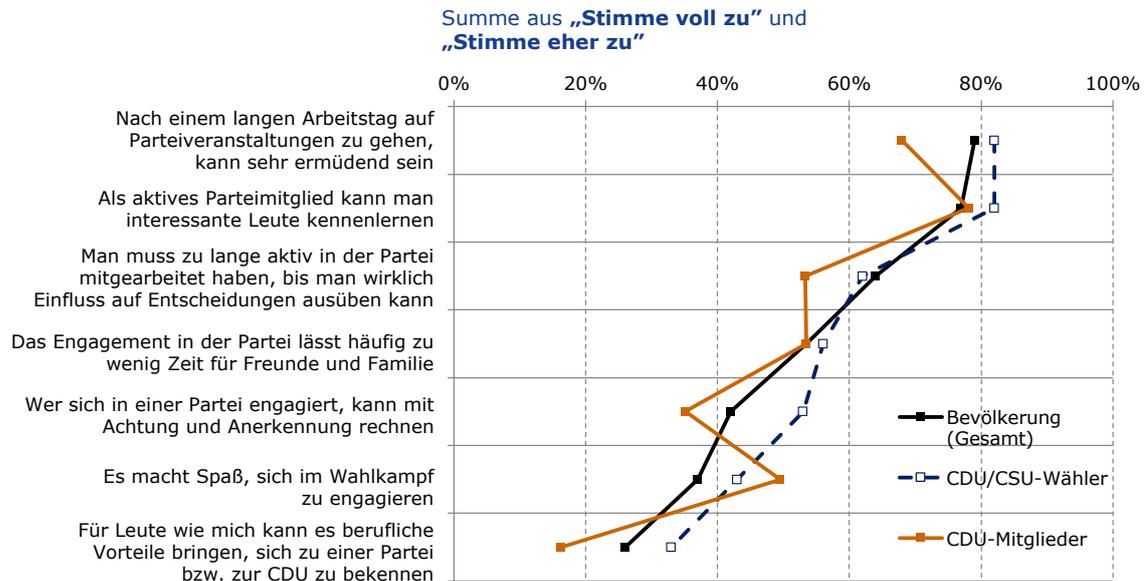
Abbildung 11: Ausrichtung der CDU.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Ob sich Mitglieder für ihre Partei engagieren, hängt – neben vielen anderen Einflussfaktoren – auch davon ab, welche Kosten und welcher Nutzen für sie entstehen¹⁸. Im Kontrast der Einstellungen der Parteimitglieder und der Unionswähler ergeben sich einige eher feine Unterschiede. Zugleich ist erstaunlich, dass Kosten und Nutzen eines innerparteilichen Engagements ähnlich bewertet werden. Die Bevölkerung und die Wählerschaft halten Parteiveranstaltungen für ermüdender als die Mitglieder. Bevölkerung und Wählerschaft vermuten häufiger, dass die „Ochsentour“ wichtig sei, glauben aber seltener, dass parteipolitisches Engagement Spaß machen könne. Sie sind häufiger als die Mitglieder der Ansicht, dass innerparteiliches Engagement mit gesellschaftlicher Anerkennung belohnt würde und dass den Mitgliedern aus ihrem Engagement ein beruflicher Vorteil entstünde. Auf der „Kostenseite“ werden ermüdende Veranstaltungen verbucht, auf der „Nutzenseite“ die Chance, interessante Leute kennenzulernen.

Abbildung 12: Kosten und Nutzen der Parteimitgliedschaft.



Fünfstufige Skala (stimme voll zu, stimme eher zu, unentschieden, lehne eher ab, lehne voll ab);
Sortierung nach Zustimmung (stimme voll zu/stimme eher zu) für „Bevölkerung (Gesamt)“

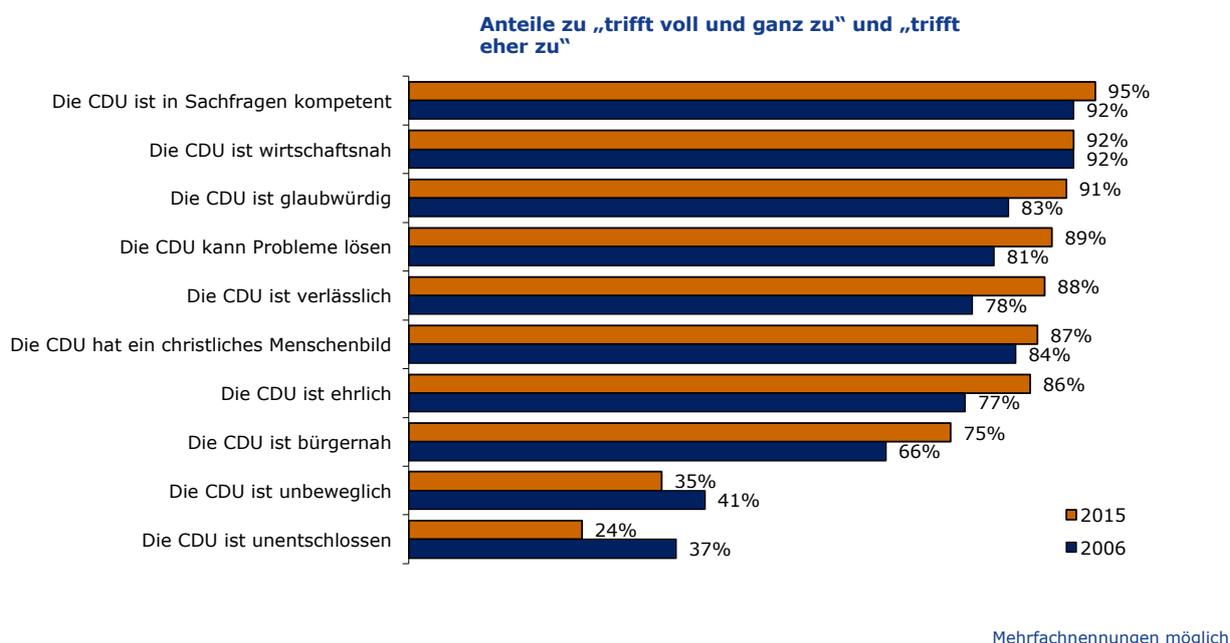
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

- 1| Vgl. Niedermayer, Oskar, 2013: S. 155ff.
- 2| Aus systematischen Gründen werden nur Bundestagsparteien betrachtet.
- 3| Index: Relation von Anzahl der Parteimitglieder zur beitragsberechtigten Bevölkerung (je nach Partei kann man ab einem unterschiedlichen Alter Mitglied werden). Nach Berechnung von Oskar Niedermayer (2015) sank die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien von 3,65 Prozent 1990 auf 1,81 Prozent 2013.
- 4| Vgl. zu den Motiven für Ein- und Austritt: Rohrbach, Katharina, 2013. Allerdings lassen sich aus den empirischen Ergebnissen kaum Schlussfolgerungen für die konkrete Parteiarbeit ableiten.
- 5| Z. B.: Die Grünen konnten von 2009 - 2001 deutlich mehr Ein- als Austritte verzeichnen. Die Liberalen hatten 2009 einen hohen Zustrom und 2011 eine starke Austrittswelle zu verzeichnen.
- 6| Am stärksten sind die Linken von der Reduzierung der Mitgliedschaft durch Todesfälle betroffen; am wenigsten die Grünen. Bei der Union und der SPD ist die Quote fast identisch.
- 7| Vgl. Wiesendahl, Elmar, 2006: S. 62ff.
- 8| Wiesendahl, Elmar, 2006: S. 75.
- 9| Höhne, Benjamin, 2015: S. 16ff.
- 10| Vgl. Wiesendahl, Elmar, 2006: S. 96ff.
- 11| CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke. Quelle: Niedermayer, Oskar, 2015.
- 12| Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61541/altersstruktur>. Aufgrund des unterschiedlichen Niveaus der Altersverteilung und der hohen Anzahl der Mitglieder der Volksparteien würde der Mittelwert zu einer Verzerrung führen. Bei den Grünen liegen erst spät Werte vor, da es vorher keine zentrale Mitgliederkartei gab.
- 13| Spier, Tim, 2011: S. 125.
- 14| Spier, Tim, 2011: S. 130.
- 15| Die Datengrundlage für die Inhaltsanalysen von Parteiprogrammen ist das sogenannte Manifesto-Projekt. Für Deutschland sind die Wahlprogramme aller Bundestagsparteien seit 1949 erfasst. Die Auswertung von Merz, Nicolas/Regel, Sven, 2013, endet mit den Wahlprogrammen 2009.
- 16| Merz, Nicolas/Regel, Sven, 2013: S. 221.
- 17| Die Erhebung fand vor der Spaltung in AfD und ALFA statt.
- 18| Seyd, Patrick/Whiteley, Paul F., 1992.

DAS IMAGE DER CDU

Die CDU-Mitglieder schreiben ihrer Partei insgesamt positive Eigenschaften zu. Gegenüber 2006 ist zudem eine Verbesserung der Imagewerte sichtbar. Die CDU gilt als kompetent, wirtschaftsnah und glaubwürdig. Sie kann Probleme lösen, ist verlässlich, ehrlich und hat ein christliches Menschenbild. Bürgernähe wird ihr hingegen seltener attestiert. Negative Attribute wie unbeweglich und unentschlossen werden ihr eher nicht zugeschrieben.

Abbildung 13: Das Image der CDU.



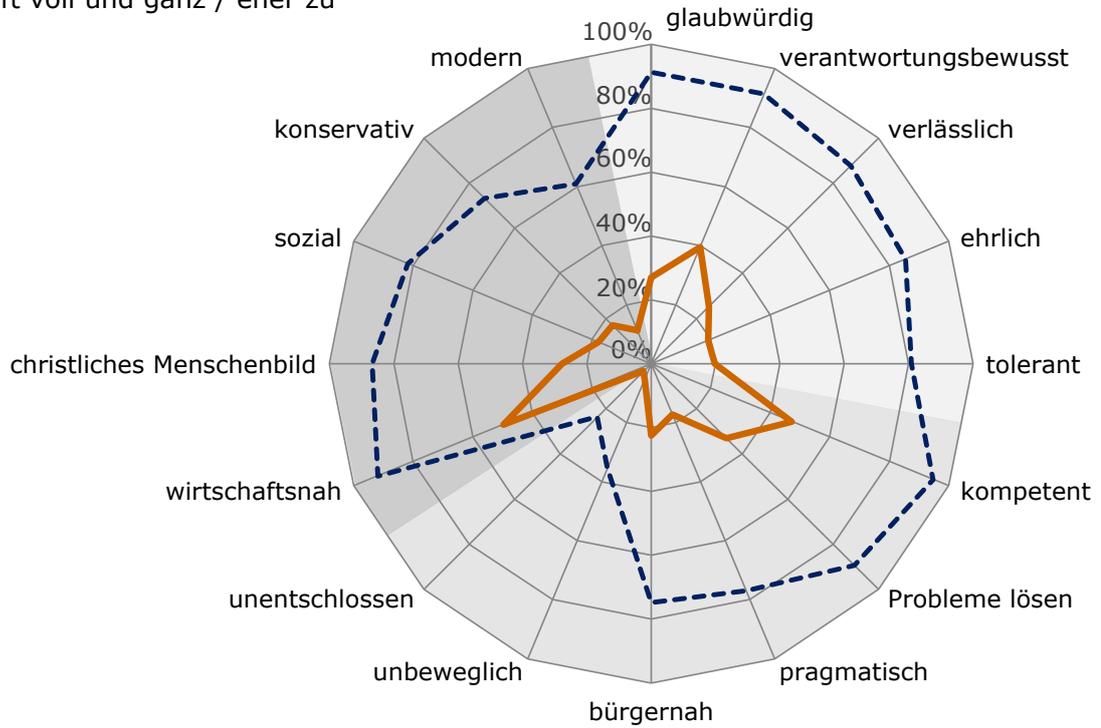
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

In einer anderen Darstellungsperspektive – inklusive zusätzlicher Imagekomponenten – wird dieser Befund bestätigt. In den weit überwiegenden Eigenschaften attestieren die Mitglieder der CDU ein positives Image. Negative Images werden ihr eher nicht zugeordnet. Drei Imagewerte sind jedoch interessant: Für „modern“ halten die Partei 61 Prozent der Mitglieder. Die Zuordnung dieser Eigenschaft erhält allerdings weniger Zustimmung als andere Werte. Während an der Ausrichtung am christlichen Menschenbild keine Zweifel bestehen, rangieren die Eigenschaften „konservativ“ und „bürgernah“ mit etwa drei Viertel der Nennungen auf einem etwas niedrigeren Niveau als die anderen Werte. Wenn man die Bewertung der Mitglieder zugrunde legt, ist eine Debatte, warum die CDU nicht genügend modern oder bürgernah ist, genauso berechtigt wie die Diskussion, warum die CDU nicht ausreichend konservativ ist.

Abbildung 14: Das Image der CDU.

— Trifft voll und ganz zu

- - - Trifft voll und ganz / eher zu



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Abbildung 15: Das Image der CDU.



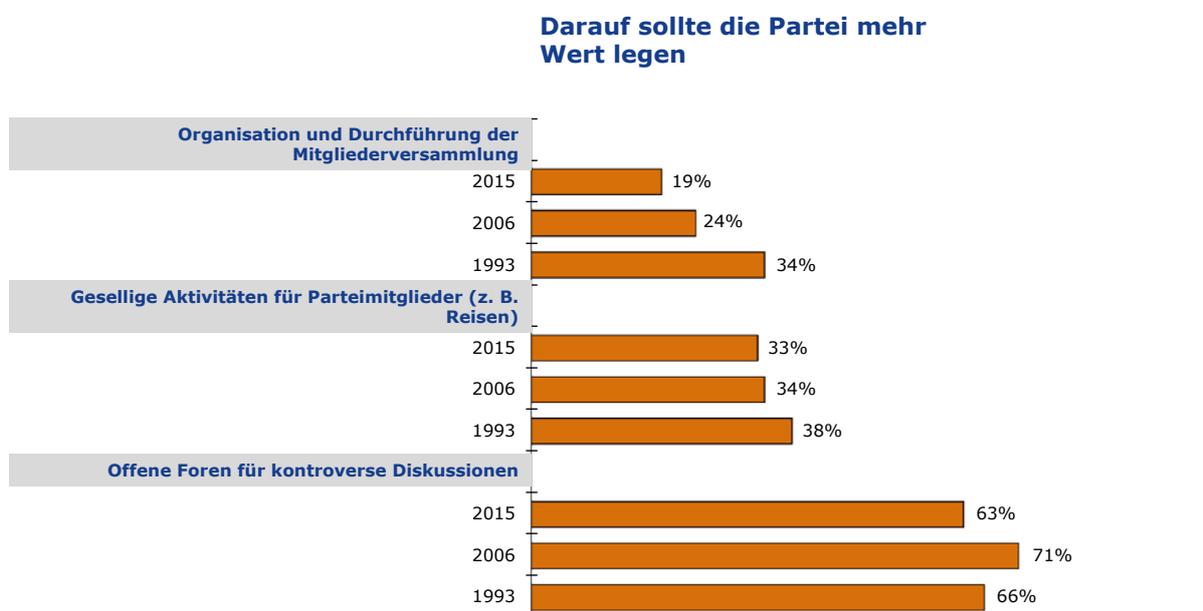
Wortwolke: Größe der Eigenschaften orientiert sich an prozentualen Werten zu „Trifft voll und ganz zu“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

DIE ARBEIT DER CDU

Die Mitglieder konnten sowohl die Arbeit der CDU als auch unterschiedliche Reformvorschläge bewerten. Einige der aufgeführten Reformen wurden schon erprobt, andere nicht. Es ist zu vermuten, dass ein Teil der Befragten bereits Reform Erfahrungen gemacht hat, die in die Bewertungen eingeflossen sind. Die individuelle Akzeptanz und die Relevanz dieser Vorschläge für die CDU wurden nicht abgefragt, da dies zu aufwendig gewesen wäre. Im Zeitverlauf fällt auf, dass Mitgliederversammlungen keinen Anlass zur Kritik bieten, sich aber etwa zwei Drittel der Befragten seit 1993 wünschen, dass die Partei offene Foren für kontroverse Diskussionen ausrichtet. Bei den geselligen Aktivitäten scheint das Bedürfnis nach Veränderungen über die Jahre hinweg wenig ausgeprägt zu sein.

Abbildung 16: Bewertung der Parteiarbeit im Zeitverlauf.

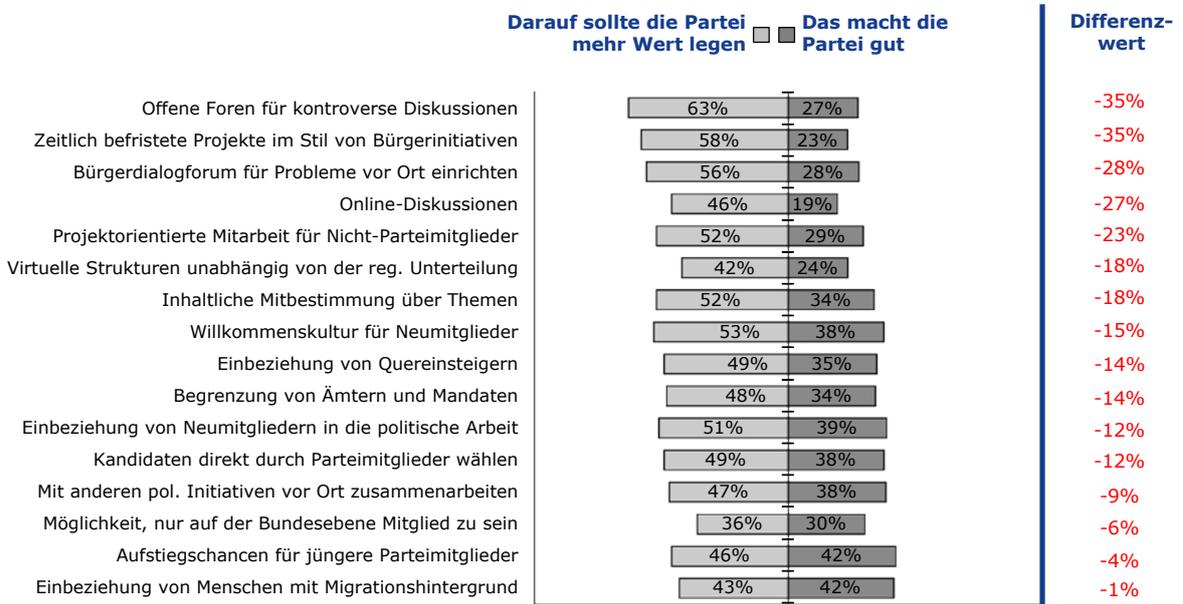


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Festzustellen sind Defizite bei Dialog- und Kommunikationsformen sowie im Bereich zeitlich befristeter – nicht regelmäßiger – Partizipation. Bei allen Fragen nach Bereichen, auf die die Partei mehr Wert legen sollte, gibt es nur zwei Felder, die eine größere Distanz zwischen dem, was die Partei leistet, und den Wünschen der Mitglieder offenbart. Gewünscht werden kontroverse Diskussionen mit politisch Andersdenkenden und zeitlich befristete Projekte, gefolgt von Bürgerdialogen und Online-Diskussionen. Es werden allerdings nicht alle Formate kritisiert: Gerade im Aktivitätsfeld „Diskussionen vor Ort“ wird die Parteiarbeit positiv bewertet. In einem großen Teil der abgefragten Aktivitätsmuster sehen Parteimitglieder noch Luft nach oben. Die Heterogenität der Ergebnisse macht jedoch auch deutlich, dass es nicht DAS Feld gibt, das einen allgemeinen Wunsch nach Veränderung begründet. Ob stärkere Förderung oder Integration (von Neumitgliedern, Nichtmitgliedern, Frauen, jüngeren Mitgliedern, Menschen mit Migrationshintergrund), Direktwahl von Kandidaten, Kooperati-

on oder andere Organisationsstrukturen: Mit den Vorschlägen können sich offenbar viele Mitglieder anfreunden. Sie sind für vielfältige Arbeitsweisen, die eine Partei pflegen kann, und für weitergehende Formen einer Parteireform offen.

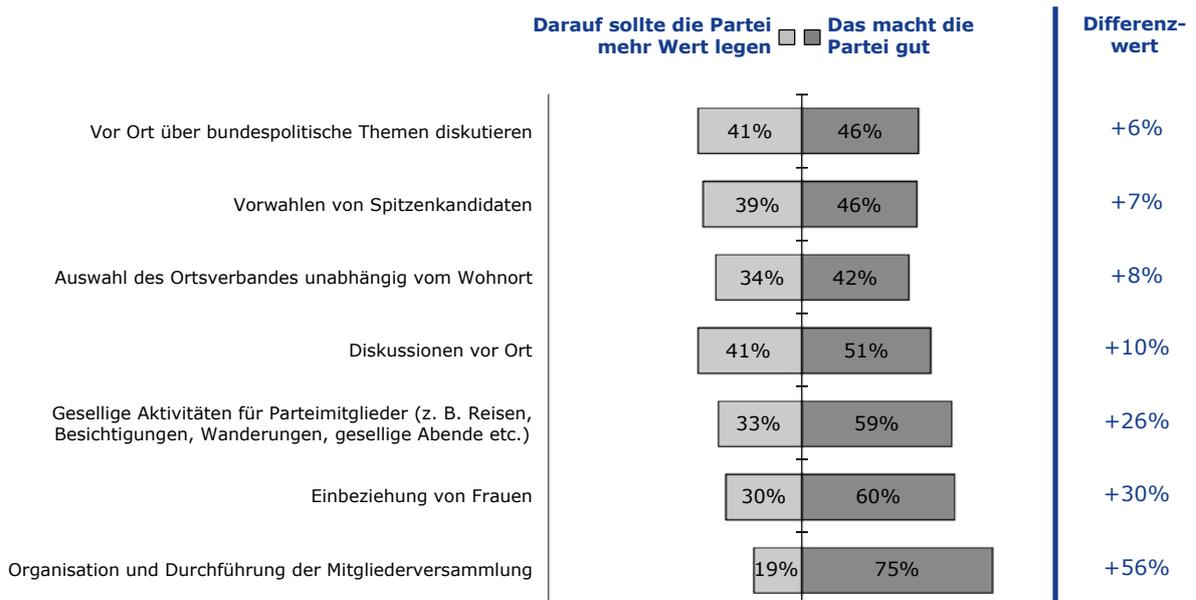
Abbildung 17: Bewertung der Arbeit der CDU.



Sortierung nach Differenzwert (aufsteigend)

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Abbildung 18: Bewertung der Arbeit der CDU.



Sortierung nach Differenzwert (aufsteigend)

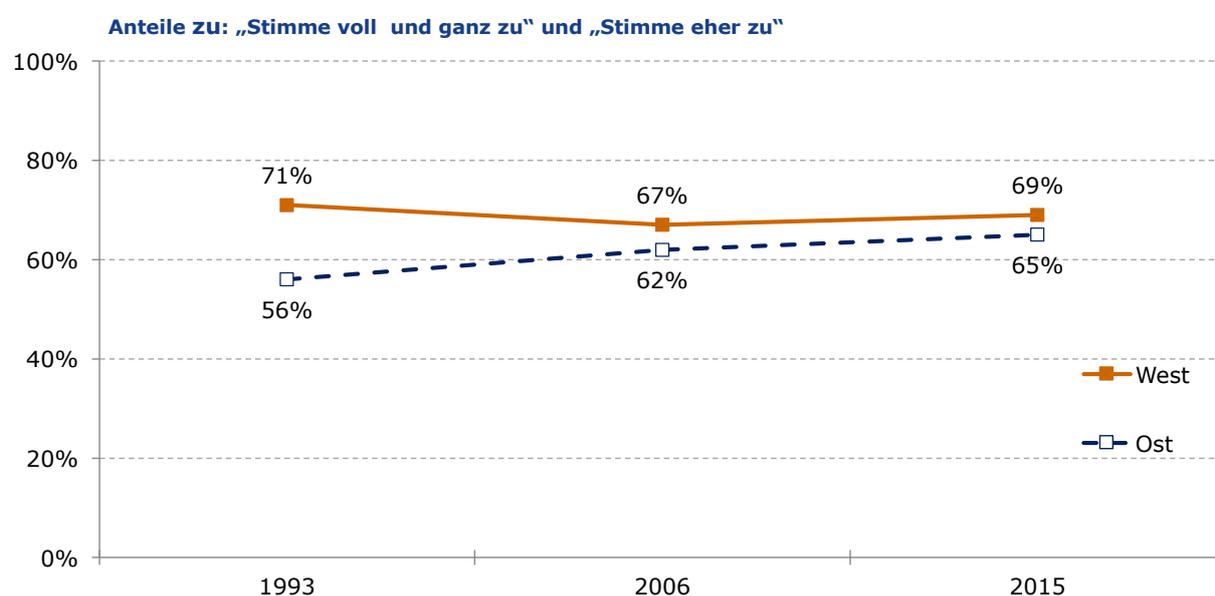
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

DAS ANSEHEN DER PARTEIMITGLIEDER

Das Ansehen der CDU wurde nach dem Modell des „significant other“ befragt: Die Mitglieder sollten an eine Person aus ihrem Bekanntenkreis denken, deren politisches Urteilsvermögen sie besonders schätzen¹. Im langfristigen Trend hat sich im Osten verglichen mit 1993 das Ansehen der CDU-Mitglieder vor Ort verbessert. Im Westen ist hingegen kaum eine Veränderung auszumachen.

Abbildung 19: Ansehen von Parteimitgliedern.

„Die Mitglieder der CDU hier im Ort sind alles in allem gut angesehen“



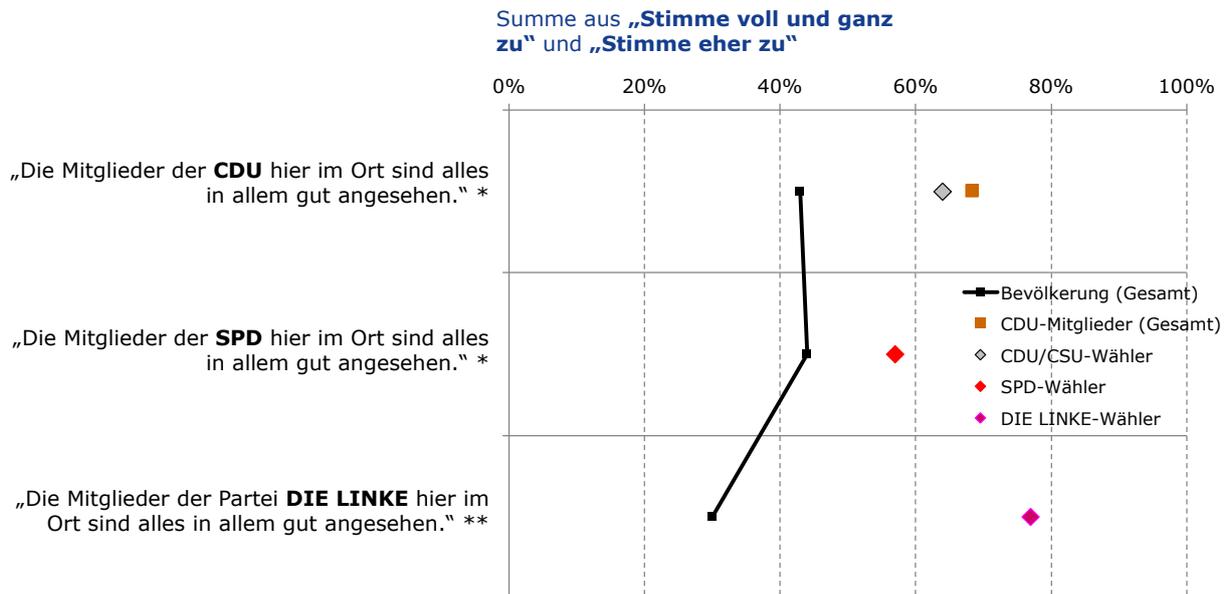
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Die Frage nach dem Ansehen von Parteimitgliedern wurde in der repräsentativen Bevölkerungsumfrage ebenfalls gestellt. Dabei zeigt sich, dass CDU-Wähler² und CDU-Mitglieder das Ansehen der CDU ähnlich positiv bewerten. Die SPD-Wähler sehen die „party on the ground“ kritischer, während die Wähler der Linken den linken Parteimitgliedern vor Ort ein hohes Ansehen zuschreiben.

Gut 40 Prozent der Bevölkerung attestieren sowohl der CDU als auch der SPD vor Ort ein positives Image ihrer Mitglieder. Die Arbeit vor Ort wird also über die Parteigrenzen hinweg positiv bewertet.

Bei der Linken sehen 30 Prozent das Engagement der Mitglieder vor Ort positiv. Hier fällt die große Kluft in der Bewertung zwischen Wählern und Bevölkerung auf (immerhin 47 Punkte). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Linke und damit ihre Mitglieder nach wie vor stark polarisieren, sie dort aktiv sind, wo es die Bevölkerung nicht wahrnimmt. Da nur in den neuen Ländern befragt wurde, kann die Mitgliederverteilung das Ergebnis nicht beeinflusst haben.

Abbildung 20: Ansehen von Parteimitgliedern.

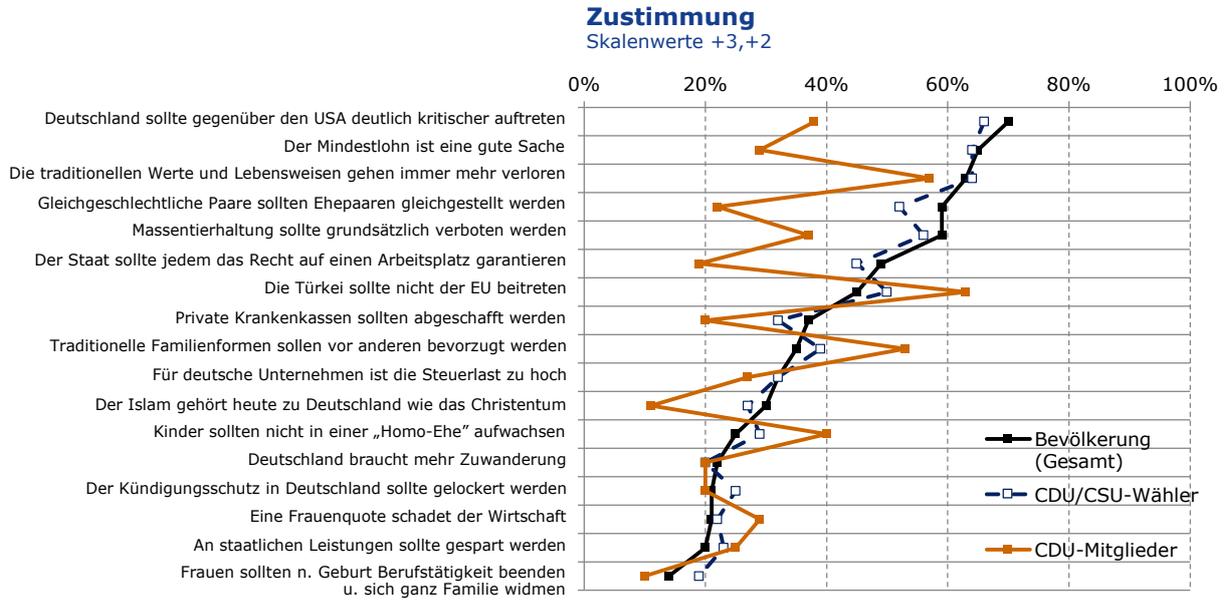


Fünfstufige Skala (voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, unentschieden sein, eher ablehnen, voll und ganz ablehnen)
 * ohne Befragte aus Bayern; ** nur Befragte aus den ostdeutschen Ländern

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

In den Umfragen der Mitglieder und der Bevölkerung wurde den Befragten eine breit angelegte Batterie von Themen vorgelegt. In der Zustimmungshöhe zu einigen Themen unterscheiden sich die Mitglieder der CDU zum Teil erheblich von der Bevölkerung und den Wählern der Union. Wohingegen die Unterschiede zwischen den Wählern der Union und der Bevölkerung sehr gering sind. Ohne auf die Befunde im Detail einzugehen, sind die Haltungen in den Teilgruppen auch nicht unbedingt im ideologischen Sinne stimmig. Das Alter der CDU-Mitglieder hat vor allem bei den familienpolitischen Fragen einen großen Einfluss auf die Zustimmung bzw. Ablehnung zu den Fragen. So stimmen vor allem die über 70-jährigen CDU-Mitglieder einer Bevorzugung von traditionellen Familienformen zu (67 Prozent), während die jüngeren Mitglieder (bis 29 Jahre) nur zu 33 Prozent dieser Aussage zustimmen. Dieser Zustimmungswert entspricht etwa dem der Bevölkerung (35 Prozent). Auch bei der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare zeigen sich deutliche Unterschiede nach Alter: 43 Prozent der jüngeren Mitglieder stimmen zu, aber nur elf Prozent der älteren Mitglieder (insgesamt stimmen hier 59 Prozent aller Befragten und 52 Prozent der CDU/CSU-Wähler zu). Auch die Frage, ob Kinder in einer „Homo-Ehe“ aufwachsen sollen, beantworten ältere und jüngere Mitglieder unterschiedlich. Bei den Jüngeren sprechen sich 30 Prozent dagegen aus (Bevölkerung 25 Prozent, 29 Prozent der CDU/CSU-Wähler); von den älteren Mitgliedern sind 50 Prozent der Ansicht, dass Kinder nicht in einer „Homo-Ehe“ aufwachsen sollen.

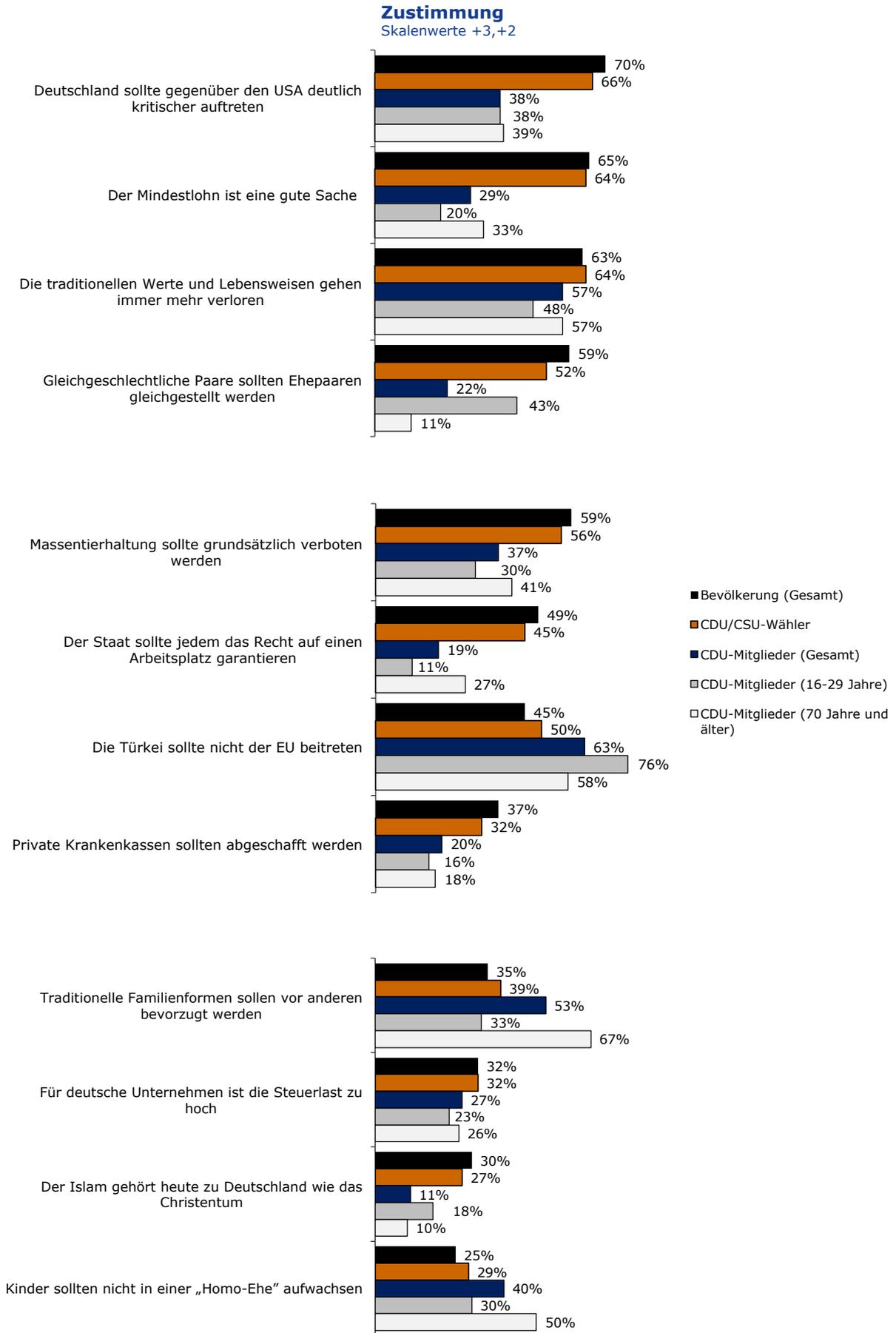
Abbildung 21: Politische Einstellungen.

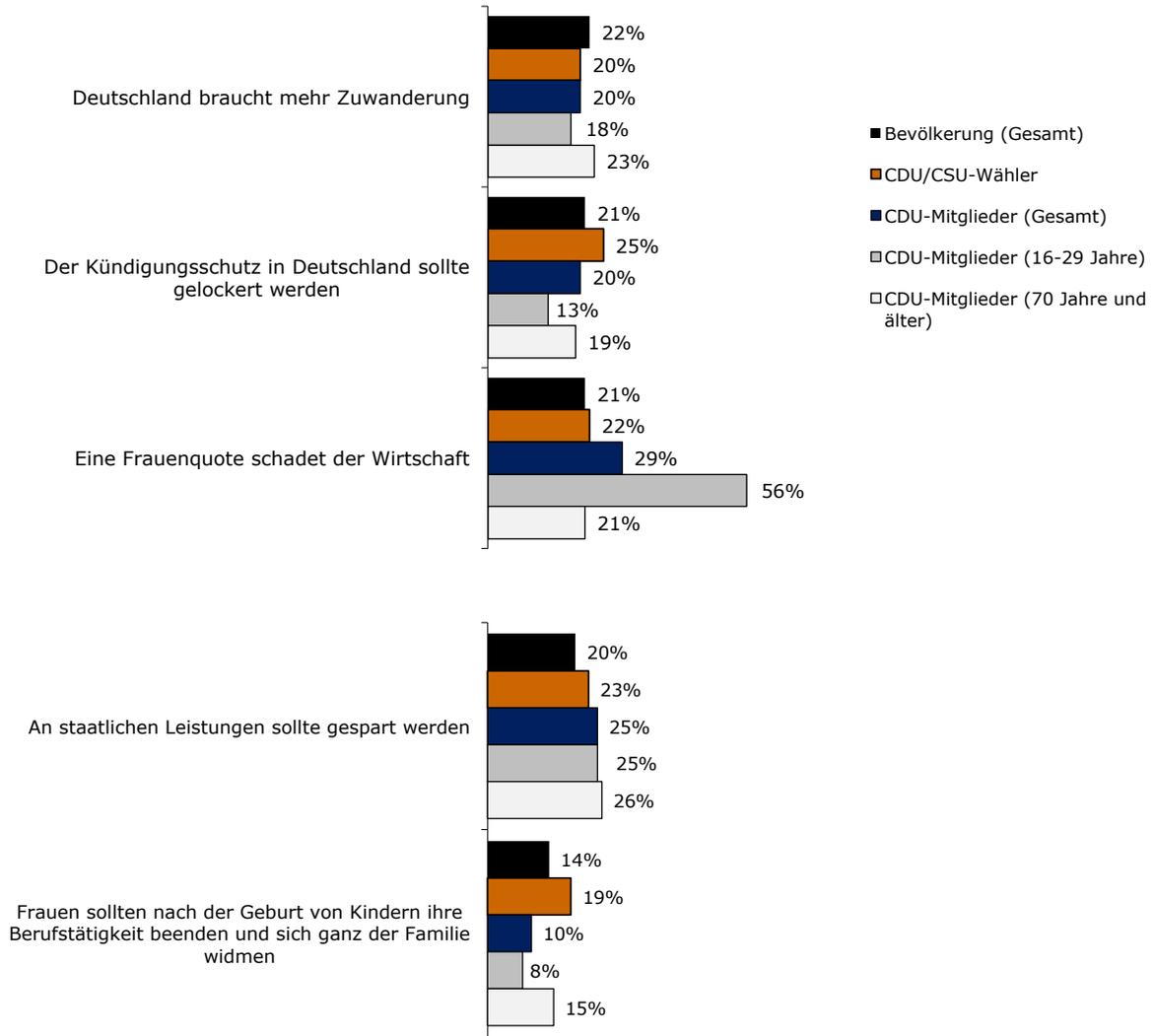


Siebenstufige Skala von +3 bis -3 (mit Nullpunkt; Sortierung nach Zustimmung (+3,+2) für „Bevölkerung (Gesamt)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Abbildung 22: Einstellungen zu politischen Themen.





Siebenstufige Skala von +3 bis -3 (mit Nullpunkt); Sortierung nach Zustimmung (+3,+2) für „Bevölkerung (Gesamt)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

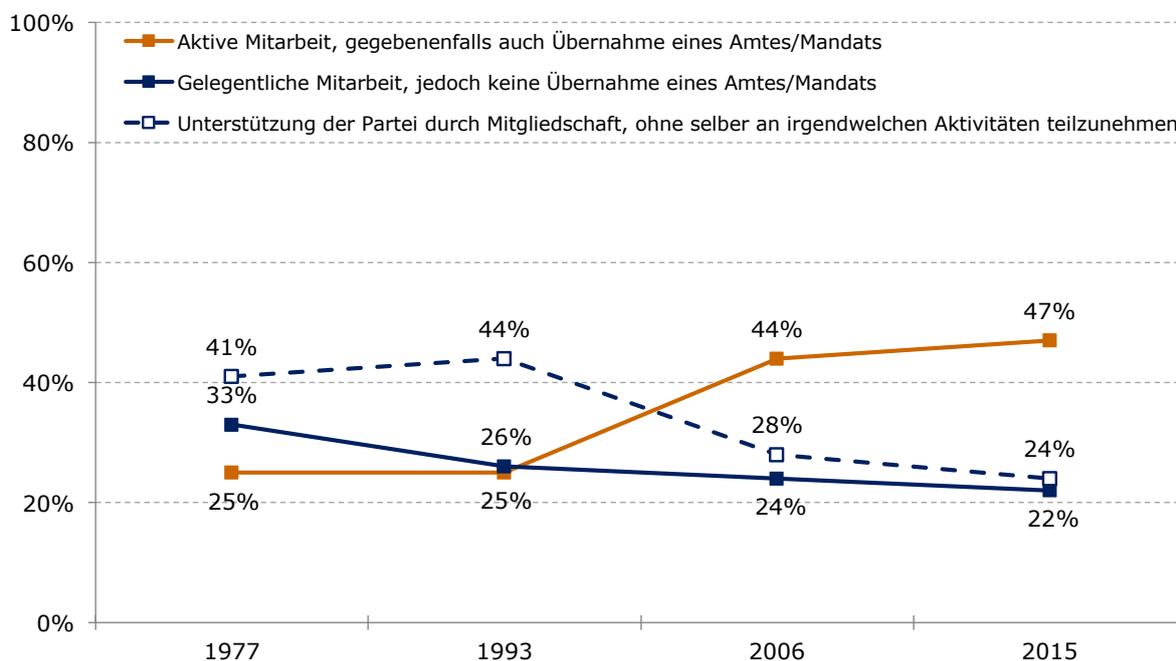
- 1| Frage: Denken Sie jetzt an diejenige Person aus dem Bekanntenkreis, deren politisches Urteilsvermögen Sie am meisten schätzen: Inwieweit würde diese Person der folgenden Aussage zustimmen? Die Mitglieder der CDU hier im Ort sind alles in allem gut angesehen.
- 2| Die Begriffe Wähler und Anhänger werden analog verwendet.

DIE CDU-MITGLIEDER IM ZEITVERLAUF

Da die Konrad-Adenauer-Stiftung aus insgesamt vier Mitgliederbefragungen Daten erhoben hat, bietet sich ein Zeitvergleich an. An vielen Fragestellungen hat jedoch der Zahn der Zeit genagt, sodass Trends nur dort erhoben wurden, wo es auch inhaltlich begründet ist. Dennoch erscheint aus heutiger Perspektive manche Formulierung etwas angestaubt. Im Rahmen der repräsentativen Bevölkerungsumfrage wurde auch ein Pretest durchgeführt. Für die Teile des Fragebogens, die auch der Bevölkerung vorgelegt wurden, gab es keine Notwendigkeit der Änderung oder Anpassung aufgrund von Verständnisproblemen.

Nach den Daten der Mitgliederumfragen der CDU unterlag das Selbstbild der Mitglieder einem Wandel der Zeit. Von den 1970er bis hinein in die 1990er Jahre sah sich ein großer Teil der Mitglieder in der Rolle der „Karteileiche“. Man wollte die CDU durch die Mitgliedschaft unterstützen, eine aktive Teilnahme am Parteileben war hingegen nicht geplant. Dies hat sich nach der Jahrtausendwende geändert. Immer mehr Mitglieder wollen sich aktiv einbringen und sind auch gewillt, zeitintensive Tätigkeiten innerhalb der Partei auszuüben. 2015 war knapp die Hälfte der CDU-Mitglieder bereit, Ämter und Mandate zu übernehmen. Dieser Wert hat sich gegenüber dem Messwert von 1977 fast verdoppelt. Dies lässt den Schluss zu, dass die Anzahl der Mitglieder zwar abnimmt, diejenigen, die in Parteien sind oder dort eintreten, sich aktiver einbringen wollen, als dies früher üblich war.

Abbildung 23: Aktivitätsniveau.

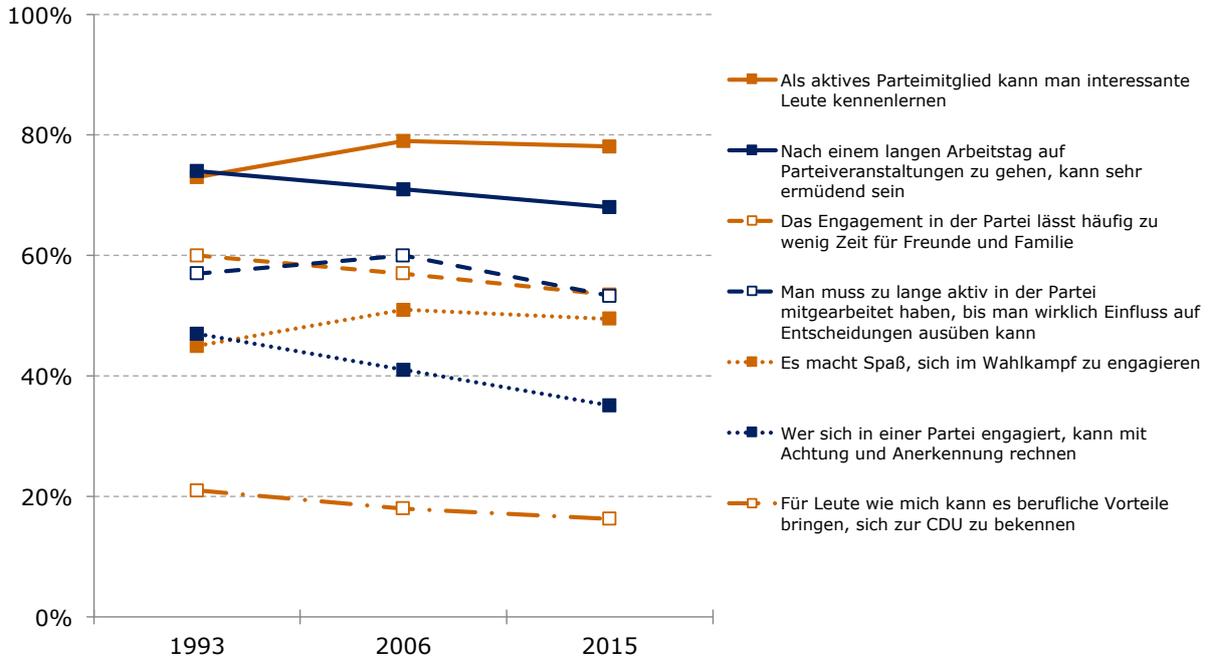


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Für das Engagement in einer Partei gibt es positive und negative Anreize. Nach wie vor ist es für Mitglieder bedeutsam, interessante Leute kennenzulernen und sich im Wahlkampf einzusetzen. Im Vergleich zu 1993 haben die positiven Anreize für ein Engagement in der CDU zugenommen. Leicht

rückläufig ist die Bewertung der negativen Anreize: etwa Einschränkungen des Zeitbudgets, aber auch die sogenannte „Ochsentour“, im Sinne einer langjährigen Aktivität als Voraussetzung für Einfluss auf Entscheidungen. Soziale Anerkennung und Achtung als positiver Nutzen spielten hingegen eine zunehmend geringere Rolle. Auf bereits niedrigem Niveau, ebenfalls nachlassend, bewegen sich vermutete berufliche Vorteile.

Abbildung 24: Bewertung der Mitarbeit in der CDU.



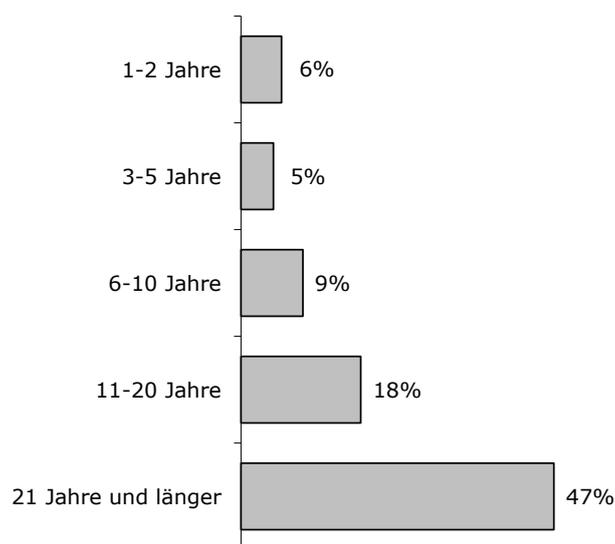
Frage: Es gibt unterschiedliche Gründe dafür, sich stärker oder schwächer in der CDU zu engagieren. Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Aussagen an, inwieweit Sie diesen Standpunkten zustimmen oder sie ablehnen.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

INNERPARTEILICHE PARTIZIPATION

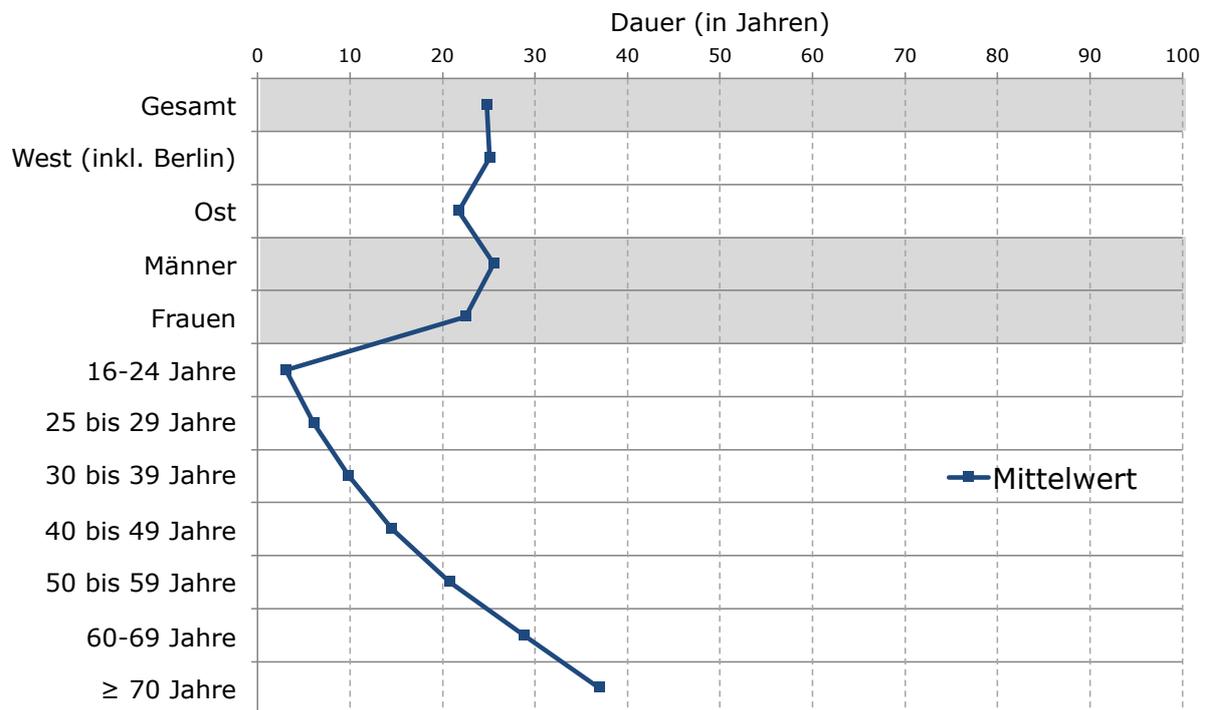
Die Mitgliedschaft in der CDU ist langfristig. Im Durchschnitt sind die Mitglieder seit 24,8 Jahren in der Partei. Dabei zeigt sich ein linearer Zusammenhang: Je älter Mitglieder sind, desto länger sind sie auch Mitglied. Da die meisten in jüngeren oder mittleren Lebensjahren der Partei beitreten, ist die Wahrscheinlichkeit, dabei zu bleiben, vermutlich ungebrochen hoch. Dies korrespondiert auch mit den Partizipationsformen innerhalb der Parteien. Projektorientierte und temporäre Beteiligungsmöglichkeiten bieten Parteien aufgrund ihrer grundsätzlichen Zielorientierung eher nicht an. Die Struktur von Bürgerinitiativen beispielsweise können Parteien auch nicht kopieren, da sie naturgemäß einen umfassenden Politikanspruch haben, der nicht erfüllt ist, wenn ein Problem gelöst ist. Dort wo sie es tun (z.B. Schnuppermitgliedschaften; Beteiligungsformen für Nichtmitglieder), hoffen sie, durch niedrigschwellige Angebote, Bürger für ein längerfristiges Engagement gewinnen zu können.

Abbildung 25: Dauer der Mitgliedschaft.



Mittelwert: 24,8 Jahre

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Abbildung 26: Dauer der Mitgliedschaft.

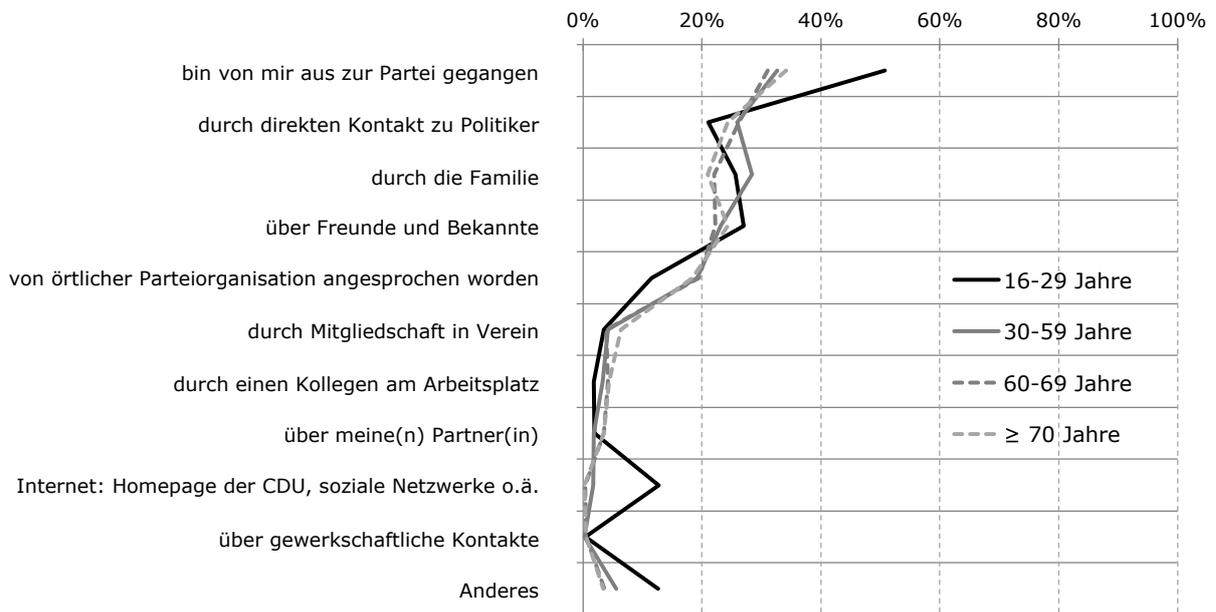
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Persönliche Kontakte führen am häufigsten Wege in die CDU. Diese Kontakte werden jedoch nicht in der Arbeitswelt geknüpft. Dies wird auch durch Ergebnisse der qualitativen Befragung von Mitgliedern aller Parteien bestätigt. Am Arbeitsplatz sind politische Themen für Parteimitglieder weitgehend tabu.

Persönliche Kontakte sind nach wie vor sehr wichtig für die Bereitschaft, Mitglied einer Partei zu werden. Drei Viertel der befragten Mitglieder begründen so ihren Eintritt. Politiker spielen eine entscheidende Rolle, aber auch die Familie (jedoch nicht die Partner), Freunde und Bekannte. Einen großen Anteil stellen die „Selbstrekrutierer“, die aus eigenem Antrieb den Weg in die CDU gesucht haben. Vor allem für die jüngeren Mitglieder ist die Selbstrekrutierung zum Normalfall geworden. Von den bis zu 30-Jährigen gibt etwa die Hälfte an, von sich aus in die CDU eingetreten zu sein.

Alle anderen Zugangswege sind verhältnismäßig bedeutungslos. Von den fünf Prozent, die „anderes“ angaben, nannte die Hälfte explizit „Vorfelddorganisationen“. Familiäre Kontakte motivieren Frauen sehr viel stärker, die Nähe zu einer Partei zu suchen, als Männer, die eher von sich aus eine Parteimitgliedschaft anstreben. So nennen 38 Prozent der Frauen die Familie (Männer 20 Prozent) als Motivator. 36 Prozent der Männer sind „Selbstrekrutierer“ (27 Prozent der Frauen).

Abbildung 27: Eintrittswege.



Mehrfachnennungen

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Etwa die Hälfte der Mitglieder nannte auch einen Politiker/Politikerin als Motiv, in die CDU einzutreten. Davon entfielen die meisten Nennungen auf Helmut Kohl, Angela Merkel und Konrad Adenauer. Es gab aber auch sehr viele Namen, die nur selten oder einmal genannt werden. Ein Zeichen dafür, wie wichtig – neben der Ausstrahlung der Spitzenpolitiker – die Wirkung der Politiker vor Ort ist.

Abbildung 28: Beitrittsgrund: Politiker.



N=3.735, Darstellung Wortwolke: Die Größe der Schrift orientiert sich an der Anzahl der Nennungen

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Die Beitrittsmotive sind im Zeitverlauf erstaunlich konstant. Die dem originär politischen Bereich zuzuordnenden Motive bewegen und bewegen Menschen, Mitglied in einer Partei zu werden¹. Weltanschauliche, politische und inhaltliche Motivationen sind die zentralen Gründe für einen Beitritt. Hinzu kommen soziale und gesellige Aspekte. Einen deutlichen Rückgang gegenüber der Umfrage von 1993 erleben utilitaristische und nutzenorientierte Motive.

Diesen Befund stützt auch die qualitative Mitgliederumfrage: Es gibt eine emotionale Nähe, das Gefühl, in einer Partei eine politische Heimat zu finden, gekoppelt mit dem Wunsch, aktiv Politik zu gestalten.

Abbildung 29: Beitrittsmotive.²



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

In der Umfrage wurden weitere Beitrittsmotive erfasst, für die es keinen Zeitvergleich gibt. Gruppiert man die Eintrittsgründe nach den Anreizgruppen, bestätigt sich die bereits beschriebene Motivstruktur: Die weltanschaulichen Überzeugungen sind maßgeblich für den Eintritt. Die Partei wird als politische Heimat empfunden, die die eigenen Werte widerspiegelt. Eine sehr große Rolle spielen altruistische Motive, in deren Kern ein Staatsbürgerverständnis steht, das den aktiven Bürger im Mittelpunkt sieht. Die Zuschauerdemokratie ist kein Leitbild von Parteimitgliedern. Die politische Gestaltung vor Ort und die Lösung gesellschaftlicher Probleme beeinflussen das Engagement. Erstaunlich gering ausgeprägt ist bei den kollektiven Anreizen das Bedürfnis, die Bundespolitik zu gestalten.

Von erheblicher Bedeutung sind Motive, in deren Zentrum der politische Prozess steht. Der Mehrwert eines Eintritts in die CDU liegt in vertiefenden Diskussionen, Informationen und politischer Gestaltungsmöglichkeit. Die persönliche, direkte Kommunikation mit Gleichgesinnten ist Parteimitgliedern wichtig.

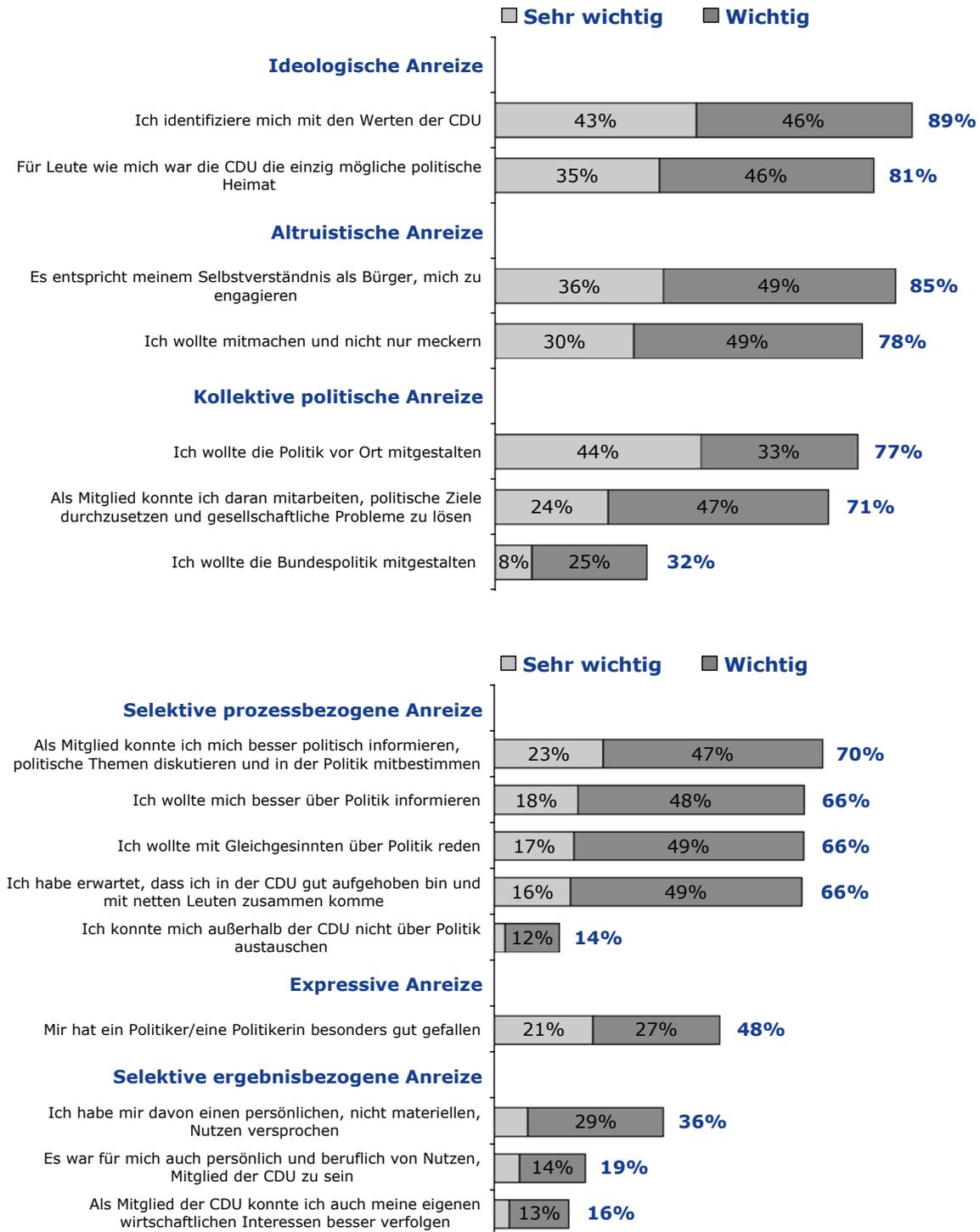
Die Befunde der qualitativen Umfrage aller Parteimitglieder gehen in die gleiche Richtung. Das Internet hat für Parteimitglieder eine operative Bedeutung und wird als nützlich empfunden. Den direkten Kontakt mit anderen Mitgliedern und mit Politikern will jedoch kein Parteimitglied missen.

Besonders angetan sind die Mitglieder aller Parteien, wenn sich ein Politiker an Freizeitaktivitäten beteiligt. Ob Stammtisch, Weihnachtsfeiern, Fahrradtour oder Grillfest, wenn ein (Spitzen-)Politiker „ganz privat“ dabei war, haben Mitglieder sich sehr positiv geäußert. Die Verbindung von Politik und Geselligkeit können Parteien ihren Mitgliedern exklusiv anbieten. Sicherlich ein Vorteil gegenüber Talkshows. Rein materielle, am persönlichen Nutzen orientierte Motive spielen hingegen keine Rolle.

In einigen Punkten unterscheiden sich jüngere von älteren Mitgliedern. Die Jüngeren sehen in der Mitgliedschaft in einer Partei stärker einen beruflichen oder wirtschaftlichen Nutzen.

Allerdings erhoffen sie sich nur einen persönlichen und keinen materiellen Nutzen. Während bei den jüngeren Mitgliedern 66 Prozent angeben, sich von ihrer Mitgliedschaft einen persönlichen (nicht materiellen) Nutzen zu versprechen, sagen das von den älteren Mitgliedern nur 26 Prozent. Dieser Zusammenhang ist linear: Je älter die Mitglieder sind, desto geringer ist die Erwartung auf einen persönlichen Nutzen. In den qualitativen Interviews finden sich auch Hinweise darauf, worin dieser Nutzen liegen könnte: Die Mitglieder aller Parteien benannten Effekte, die ihre Mitarbeit in der Partei für ihre Persönlichkeitsentwicklung hatte. Berichtet wurde von gestiegenem Selbstbewusstsein und größerer Selbstsicherheit, von Vorteilen, die durch Netzwerke entstünden, und Begegnungen mit interessanten Menschen. Auch der eigene Auftritt vor Dritten und die bessere Argumentationsfähigkeit wurden genannt. Das lässt den Schluss zu, dass Parteien auch für das Leben außerhalb der Partei Schlüsselqualifikationen vermitteln, die vor allem von jüngeren Mitgliedern sehr geschätzt werden.

Abbildung 30: Motivation zum Parteieintritt.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

1| Vgl. Niedermayer, Oskar, 1989; Neu, Viola, 2007.

2| Frage: Wenn man Mitglieder von Parteien nach den Gründen für ihren Parteibeitritt fragt, erhält man häufig die nachfolgend aufgeführten Antworten. Bitte denken Sie einmal an die Gründe, die Sie persönlich damals zum Eintritt bewogen haben. Wie wichtig waren für Sie selbst die folgenden Gründe? Waren diese für Sie sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder nicht wichtig?

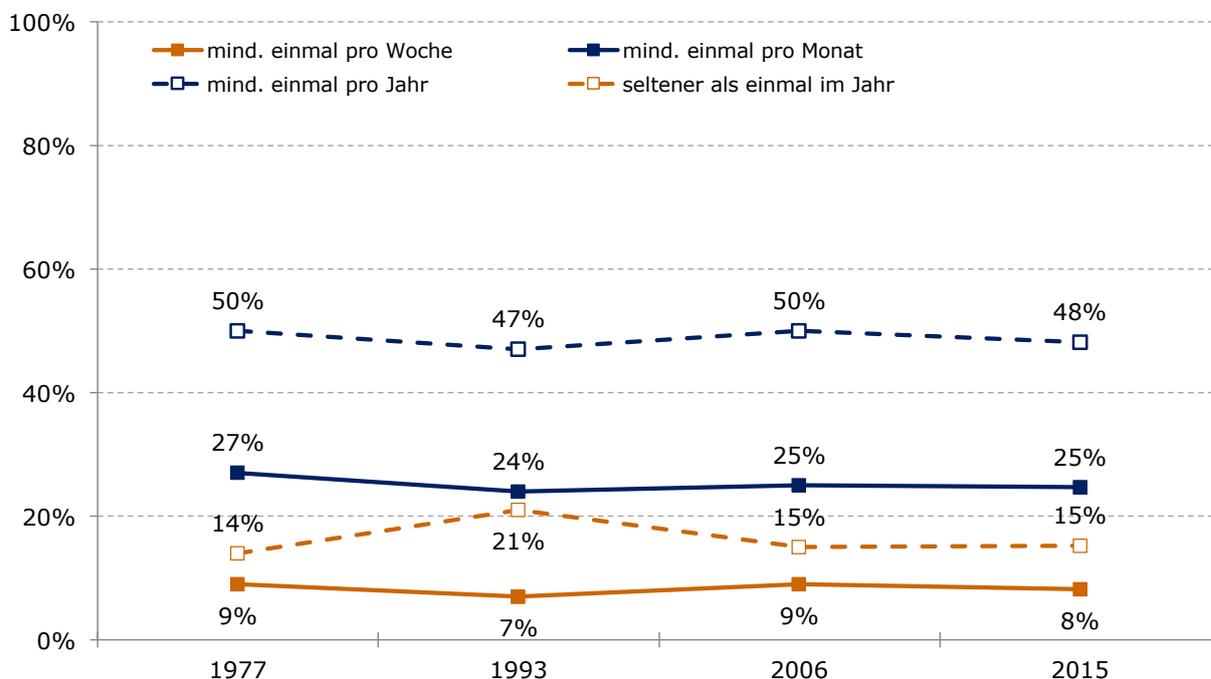
MITMACHEN ODER ZUSEHEN: DIE AKTIVITÄT DER MITGLIEDER

Wie bereits dargestellt, sind die Mitglieder in ihrem Selbstverständnis heute keine „Karteileichen“ mehr, sondern wollen aktiv Politik gestalten. Etwa die Hälfte der Mitglieder schätzt sich als aktiv ein, ein knappes Viertel als Gelegenheitsaktivisten und etwa ein Viertel sieht sich in einer passiven Rolle. Die hohe Quote der Aktiven kann durch die Erhebungsart überbewertet sein, da Aktive auch eine größere Antwortbereitschaft zeigen. Da die Abweichungen in der Sozialstruktur der Interviewten jedoch im Vergleich zur Sozialstruktur der CDU-Mitglieder insgesamt gering sind, dürfte die Verzerrung nicht erheblich sein, zumal die Frage auf einer Selbsteinschätzung der Aktivität basiert.

In allen Altersgruppen ist die Bereitschaft, sich einzubringen recht hoch. Lediglich bei den über 70-Jährigen lässt sie aus nachvollziehbaren Gründen nach. Aber auch dort gibt es ein aktivierbares Potenzial von fast 60 Prozent.

Dass es sich um ein aktivierbares Potenzial handelt, zeigt sich im Trend, wie viel Zeit tatsächlich für die CDU aufgebracht wird. Die meisten Mitglieder (ca. die Hälfte) besuchen etwa einmal im Jahr eine Veranstaltung. Jedes zehnte Mitglied ist hochaktiv und mindestens einmal in der Woche für die Partei im Einsatz. Die anderen bewegen sich zwischen diesen Werten. Diese Verteilung hat sich seit den 1970er Jahren nicht verändert.

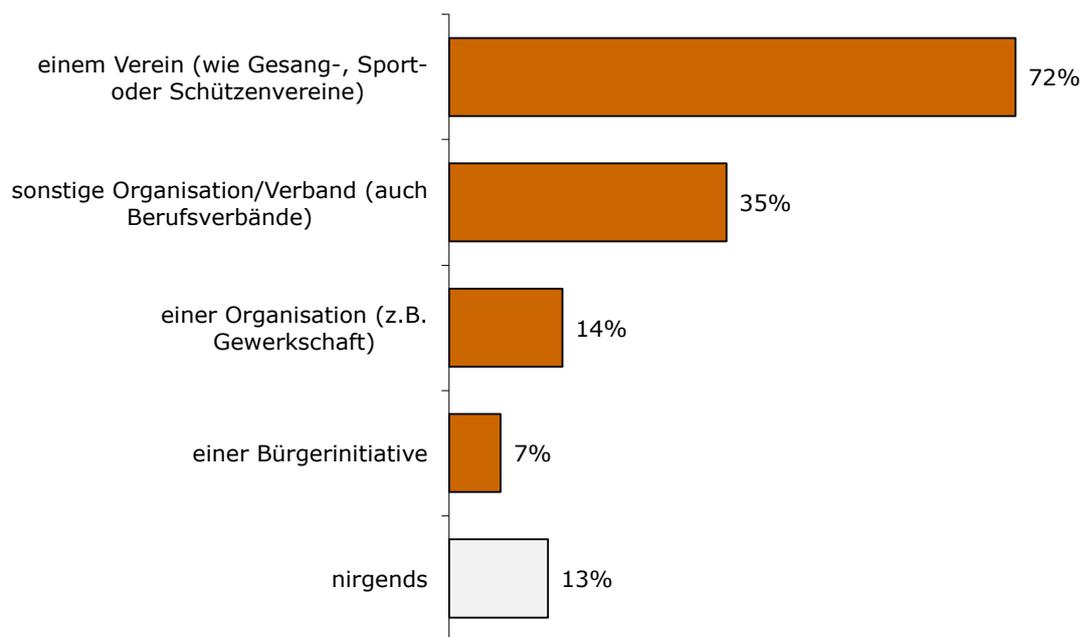
Abbildung 31: Häufigkeit des Veranstaltungsbesuchs.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Wer Mitglied einer Partei ist, ist fast immer auch in anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen organisiert. Lediglich 13 Prozent der CDU-Mitglieder sind nur Mitglied der Partei. Besonders beliebt sind gesellige Vereine: 72 Prozent der CDU-Mitglieder gehören einem solchen an. Etwa die Hälfte der CDU-Mitglieder ist auch in anderen Organisationen/Verbänden/Berufsverbänden/Gewerkschaften. Aber auch in Bürgerinitiativen finden sich sieben Prozent der Mitglieder wieder.

Abbildung 32: Mitgliedschaften außerhalb der CDU.



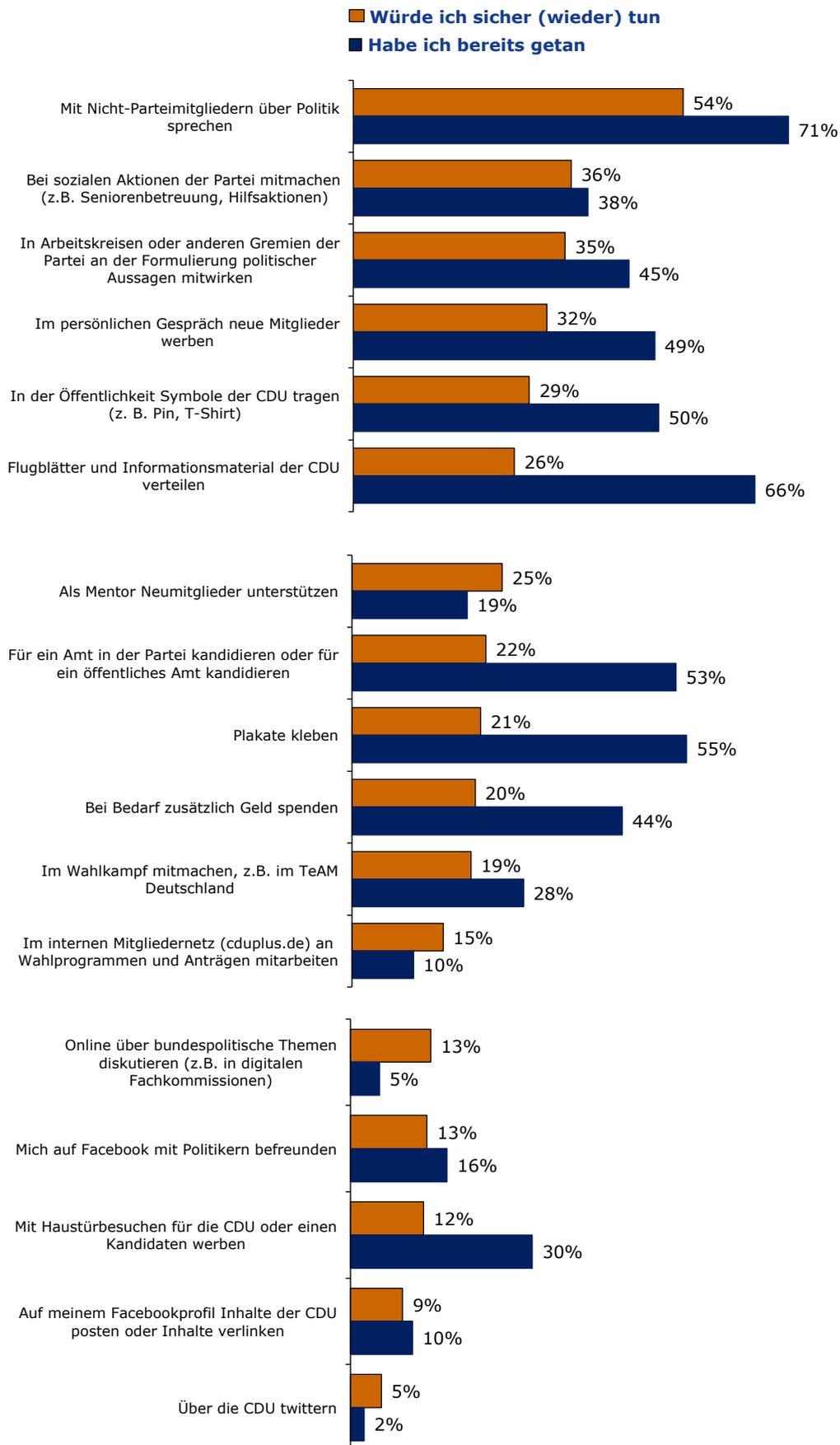
Mehrfachantworten

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Fast alle Mitglieder haben in der Vergangenheit an den heterogenen Partizipationsmöglichkeiten teilgenommen. Besonders häufig haben sie in ihrer Mitgliedschaft über Politik gesprochen und versucht, andere Mitglieder zu werben, Plakate geklebt, Flugblätter und Informationsmaterial verteilt, Symbole in der Öffentlichkeit getragen und innerparteilich diskutiert oder sich um ein Amt oder Mandat beworben.

In den Blick genommen wurde nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft. In der Umfrage konnten die Befragten angeben, was sie bereits getan haben und was sie bereit sind, wieder zu tun. Analysiert man die konkrete Aktivitätsbereitschaft in den Aktionsfeldern, ergibt sich zunächst eine plausible Abhängigkeit vom Alter: Je älter die Mitglieder sind, desto stärker nimmt die Bereitschaft ab, sich in Zukunft an bestimmten Formen der innerparteilichen Partizipation zu beteiligen. Besonders groß sind die Unterschiede zu den Jüngeren bei der programmatischen Gestaltung, einer Kandidatur für Ämter und Mandate und dem Engagement in Wahlkämpfen.

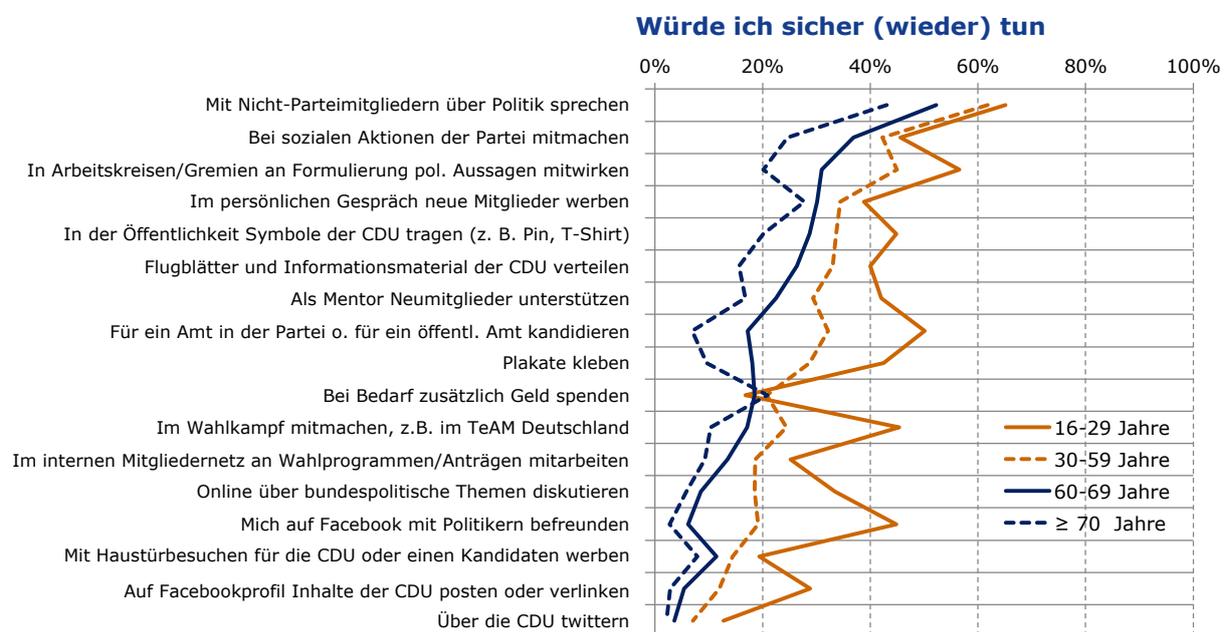
Abbildung 33: Formen der Mitarbeit.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

Parteien setzen große Hoffnungen auf digitale Aktivitäten und verlagern viele Kapazitäten ins Netz. Erwartungsgemäß stoßen digitale Angebote bei älteren Mitgliedern auf geringe Resonanz. Unter den Jüngeren ist die Akzeptanz zwar größer, jedoch auf niedrigem Niveau. Abgesehen von eher passiver digitaler Beteiligung, sich in Facebook mit Politikern zu befreunden, werden Online-Aktivitäten als wenig attraktiv empfunden. Nur ein kleiner Teil – auch der jungen Mitglieder – würde auf seinem eigenen Facebookprofil über die CDU posten oder Inhalte verlinken, und Twitter ist ein Minderheitenmedium. Zu Wahlkampfaktivitäten sind große Teile der Mitgliedschaft bereit (Flugblätter verteilen, Plakate kleben, etc.). Auf eine ausgesprochen geringe Bereitschaft stößt das sogenannte „Door-to-Door-Canvassing“. Bei Fremden an einer Tür zu klingeln und für die Partei oder einen Kandidaten zu werben, ist der großen Mehrheit der Mitglieder offenbar unangenehm. Zumindest zeigen sie kaum Bereitschaft, sich in diesem Feld zu engagieren. Auch im persönlichen Gespräch neue Mitglieder zu werben, als weitere typische Face-to-Face-Aktivität, ist vielen eher suspekt. Gleichwohl haben Mitglieder in der Kommunikation von Politik gegenüber Nicht-Mitgliedern keine Berührungängste.

Abbildung 34: Formen der Mitarbeit.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015.

INFORMATIONSVERHALTEN

Die Mitglieder der CDU sind in ihrem Informationsverhalten¹ recht homogen. Auch die Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen fallen eher gering aus, sieht man von der Nutzung von Facebook ab.

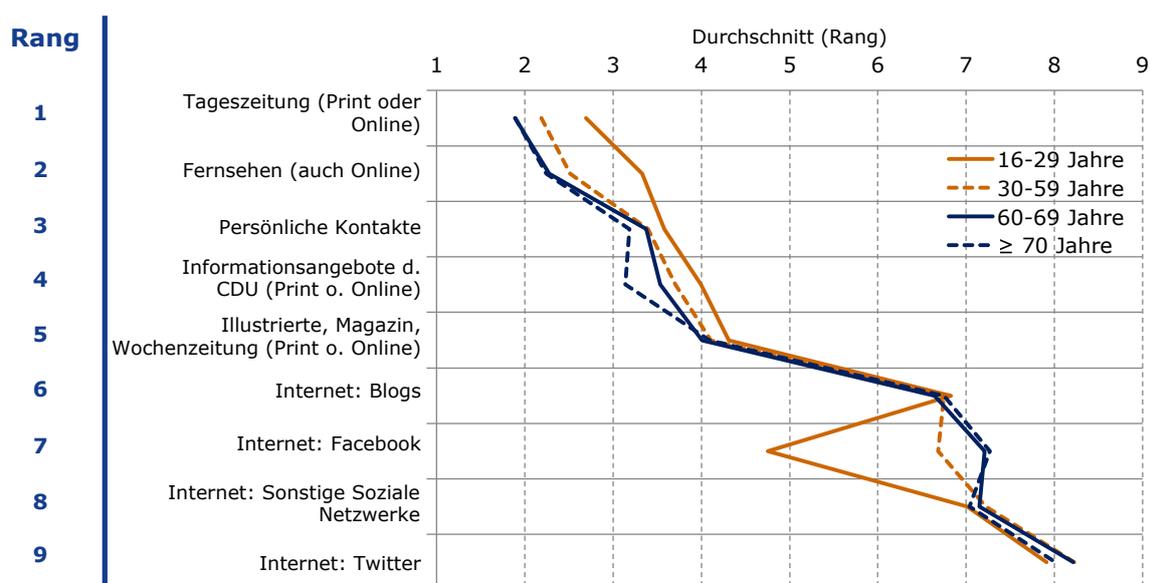
Die klassischen Medien (Zeitung und Fernsehen) werden am stärksten genutzt, wenn sich Mitglieder über die CDU informieren. Die Bedeutung der Massenmedien ist ungebrochen.

Doch auch persönliche Kontakte und die Informationsangebote der CDU genießen einen hohen Stellenwert. Vor allem ältere Mitglieder nutzen die Informationsangebote der Partei. Darüber hinaus sind auch klassische Produkte wie Illustrierte, Magazine, Wochenzeitungen von großer Relevanz.

Auf eine eigenständige Internetkommunikation, die unabhängig von „klassischen“ Informationsquellen genutzt wird und die diesen den Rang ablauft, kann man parteiintern nicht setzen. Blogs, Twitter und soziale Netzwerke werden zwar zusätzlich genutzt, ersetzen aber nicht die anderen Medien.

Lediglich Facebook genießt bei jüngeren Mitgliedern eine höhere Akzeptanz. Aber auch, wenn man bei den jüngeren Mitgliedern Rang 1 und 2 zusammenfasst, haben nur 18 Prozent Facebook genannt. Aus den qualitativen Interviews hat sich zudem herausgestellt, dass Facebook und andere Online-Medien als „privat“ empfunden werden und sich die parteiliche Kommunikation – wenn überhaupt – auf das gelegentliche „Liken“ von Beiträgen oder Verlinkungen beschränkt. Eigene Inhalte werden von Mitgliedern eher nicht erstellt.

Abbildung 35: Informationsquellen.

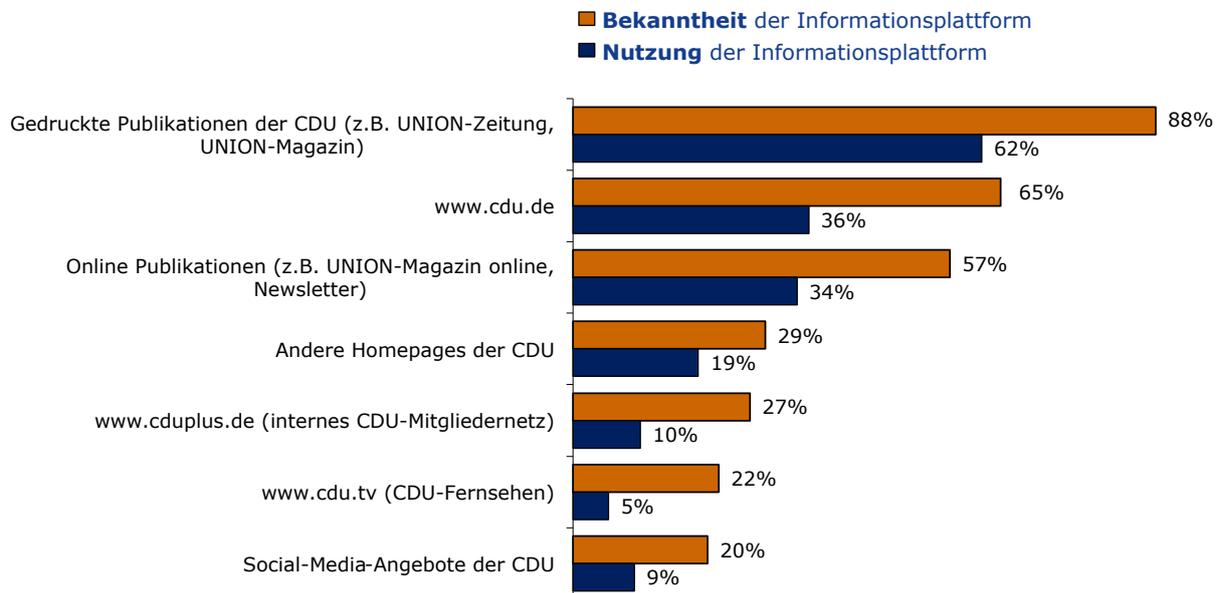


Der Durchschnittswert einer Informationsquelle ist der durchschnittliche Rang

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Bei einer Detailuntersuchung des CDU-Informationsangebotes wird dieser Befund grob bestätigt. Die Bekanntheit und Nutzung von gedruckten Informationen übertrifft Online-Quellen.

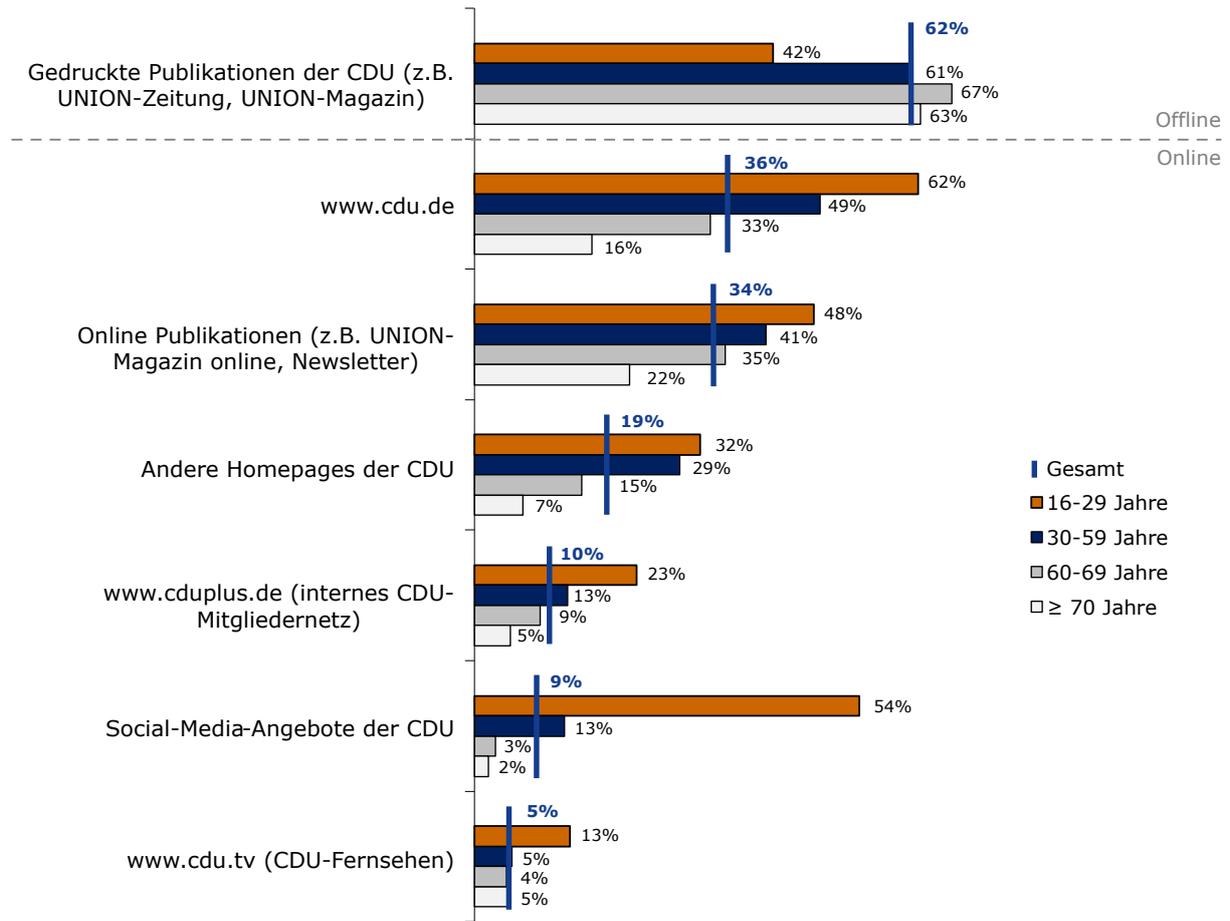
Abbildung 36: Informationsquellen der CDU.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Die Nutzung der Online-Angebote der CDU ist dementsprechend generell altersabhängig. Von den Jüngeren werden vor allem die digitalen CDU-Informationsplattformen genutzt: am häufigsten die Homepage der CDU, gefolgt von den Social-Media-Angeboten und Online-Publikationen. Auch hier zeigt sich ein linearer Trend: Je jünger die Mitglieder sind, desto stärker nutzen sie die Online-Angebote. Für das Gros der älteren Mitglieder sind gedruckte Publikationen nach wie vor von großer Bedeutung.

Abbildung 37: Nutzung von Informationsplattformen der CDU.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

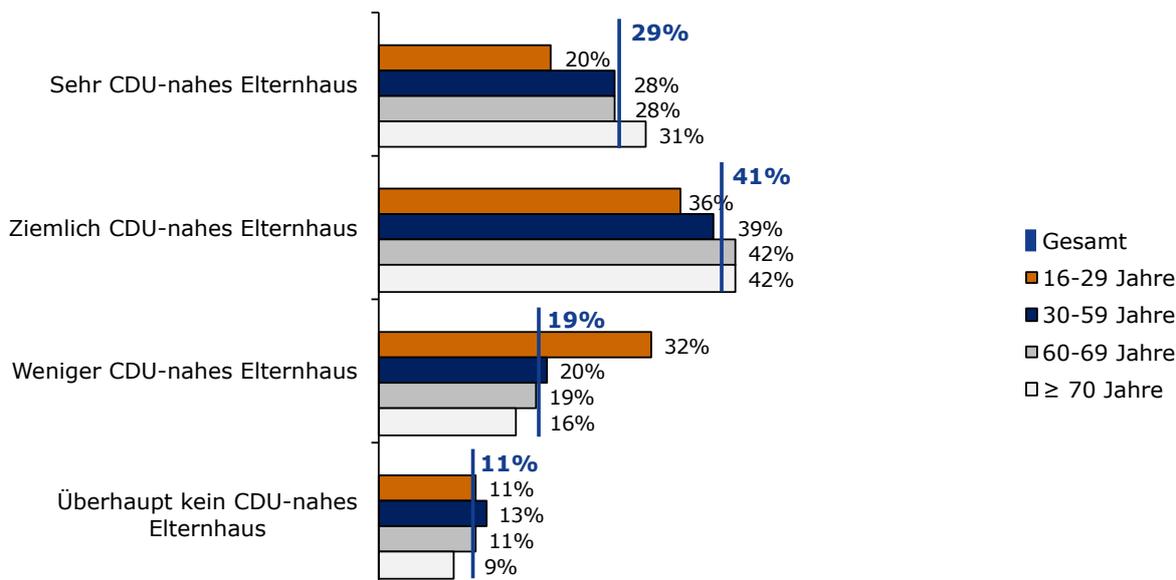
1| Wir haben bei Zeitungen und Fernsehen die Online-Nutzung mit der traditionellen Nutzung gleichgesetzt, da es aus unserer Sicht keinen Unterschied macht, ob man bestimmte Formate über einen (mobilen) digitalen oder einen analogen Zugang konsumiert.

POLITISCHE SOZIALISATION

Der gesellschaftliche Wandel schlägt sich, wenn auch langsam, im Profil der CDU nieder. Bereits zuvor wurde von der schwindenden Bedeutung der sozial-moralischen Milieus für die Partei berichtet. In der Folge verändert sich auch sukzessive die Parteimitgliedschaft.

Die Prägung auf eine Partei durch das familiäre Umfeld und somit eine parteipolitisch familiäre Sozialisation ist auf dem Rückzug. Ältere Mitglieder haben zum weit überwiegenden Teil eine Sozialisation durch ein CDU-nahes Elternhaus erfahren. Bei den Jüngeren trifft das noch auf eine knappe Mehrheit zu. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil von ihnen kommt aus Elternhäusern, in denen eine CDU-Nähe nicht mehr selbstverständlich ist. Man kann also bei der Gewinnung neuer Mitglieder weniger auf Erfahrungen setzen, die durch eine frühe politische Sozialisation vermittelt werden.

Abbildung 38: Politische Sozialisation im Elternhaus.

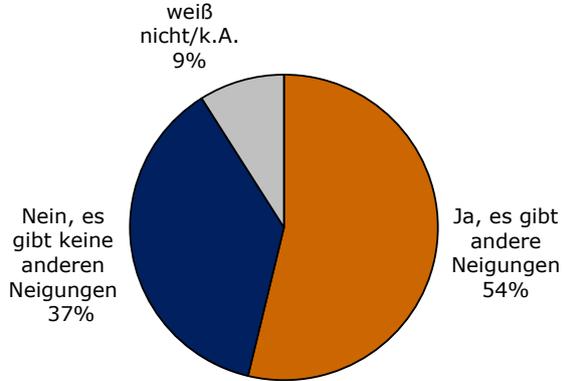


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Dementsprechend gibt es in den Familien der befragten Mitglieder auch andere politische Orientierungen oder Neigungen. Nur ein gutes Drittel der CDU-Mitglieder sieht in seinem familiären Umfeld homogene CDU-Affinitäten. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass es auch andere politische Neigungen gibt. Je jünger die Mitglieder sind, desto häufiger leben sie in einem politisch heterogenen familiären Umfeld.

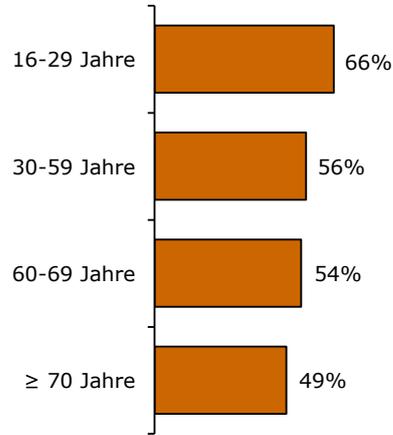
Abbildung 39: Politische Orientierungen in der Familie.

Gesamt



Nach Alter

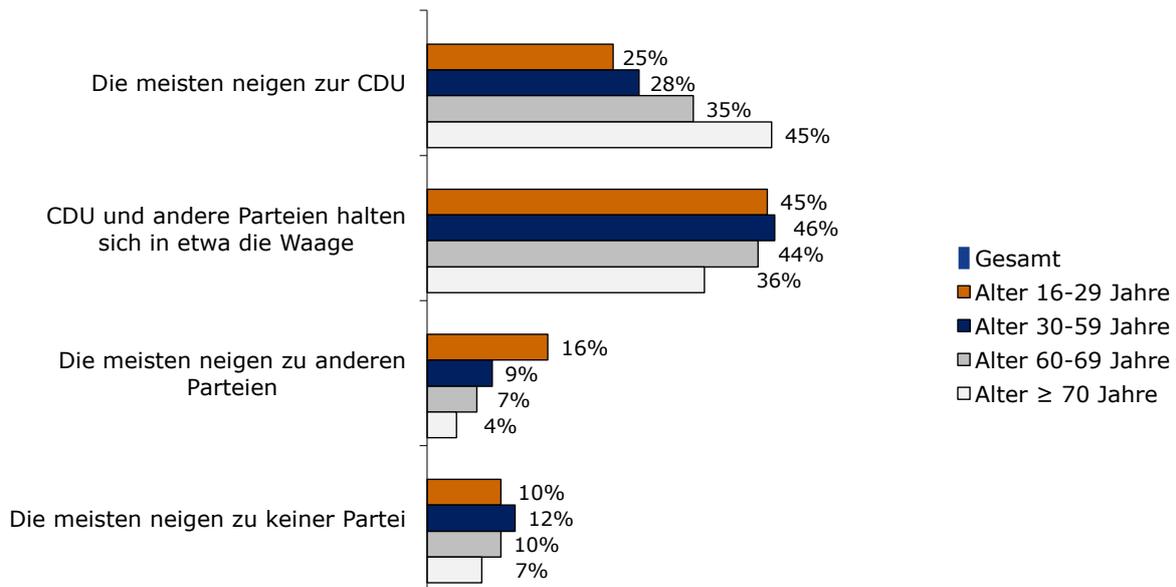
Nur Ausprägung: Ja, es gibt andere Neigungen



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Während die älteren Mitglieder sowohl in der Familie als auch im Freundeskreis überwiegend CDU-nahe Personen vorfinden, von denen eher eine affirmative Unterstützung der Parteiaktivität zu erwarten ist, stellt sich die Situation für die jüngeren Mitglieder anders dar. Sie treten unabhängig von Prägungen des Elternhauses und des familiären Umfelds der Partei bei. Und auch im Freundeskreis stoßen sie eher auf eine heterogene Umwelt. Oder wie es in der Wahlforschung heißt, sie sind einer „Cross-Pressure“-Situation ausgesetzt. Nur eine Minderheit von 25 Prozent der jüngeren Mitglieder ist der Ansicht, die meisten ihrer Freunde seien der CDU zugeneigt. Bei den Älteren beträgt der Wert 45 Prozent. 42 Prozent der jüngeren Mitglieder sehen eine Situation, in der sich CDU und andere Parteien die Waage halten.

Abbildung 40: Politische Orientierungen im Freundeskreis.



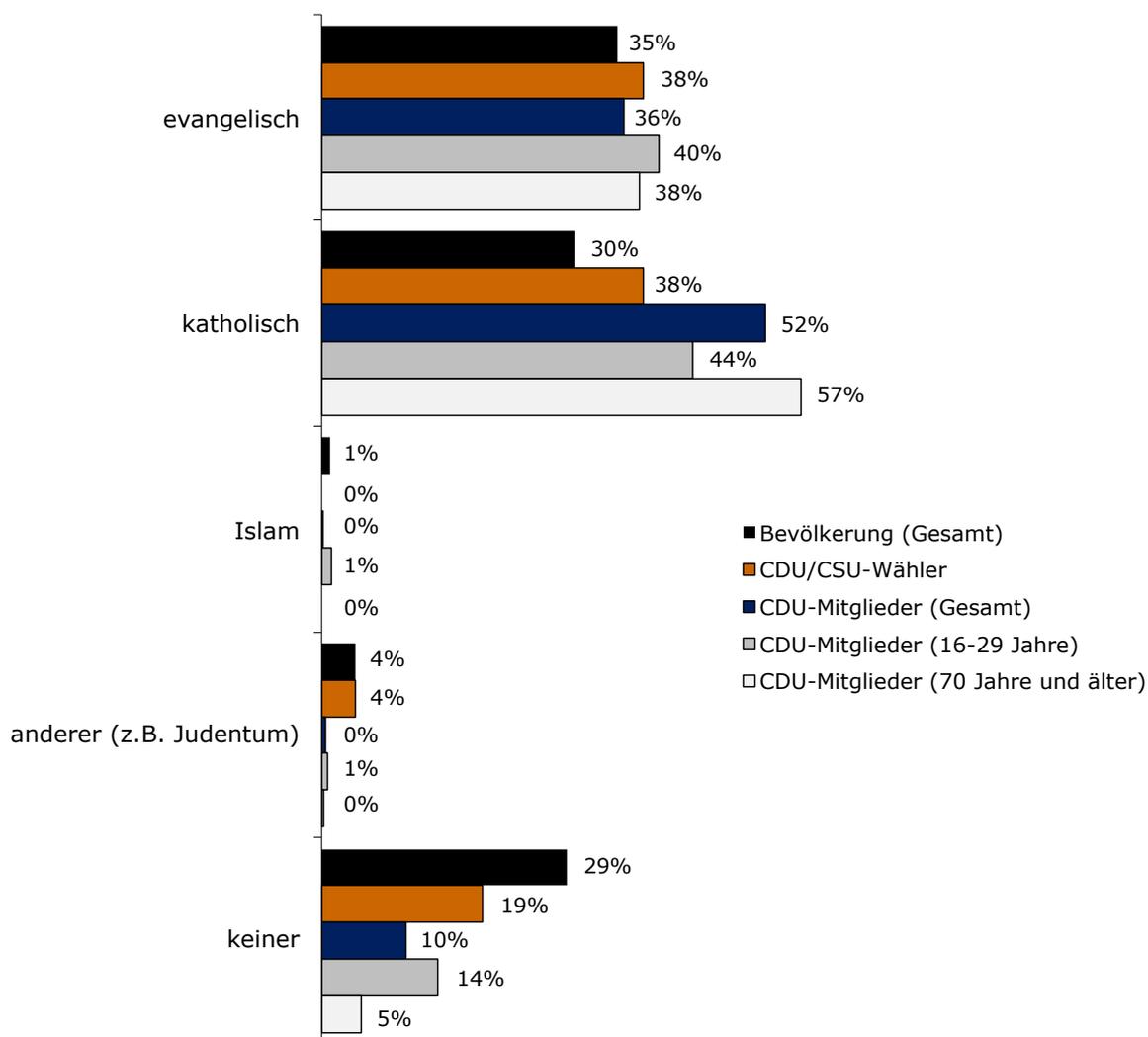
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

In der wissenschaftlichen Diskussion um die Mitgliederparteien ist dieser Aspekt bislang nicht beleuchtet. Man könnte die These formulieren, dass es früher mehr Mitglieder gab, diese aber homogener waren. Homogenität lässt hingegen Zweifel aufkommen, ob gesellschaftliche Themen in Parteien vollends repräsentiert waren, da sich homogene Umfeldler eher in der Meinungsfindung verstärken und andere oder fremde Auffassungen weniger Fuß fassen können. Die jüngeren Mitglieder leben und kommunizieren in anderen Lebenswelten, was sicherlich auch auf ihre Einstellungen Einfluss hat. Dieser Prozess trifft vermutlich alle Parteien in ähnlichem Ausmaß.

DAS „C“ IN DER CDU

Die CDU ist nach wie vor die Partei, in der sich vor allem Christen beider Konfessionen beteiligen. Der CDU-Mitgliederumfrage zufolge sind 36 Prozent der CDU-Mitglieder evangelisch, 52 Prozent katholisch und zehn Prozent sind ohne Bekenntnis. Zur Mitgliederstatistik der CDU¹ gibt es Abweichungen, die vor allem aus der Kategorie „keine Angaben“ resultieren. Während in der Mitgliederumfrage nur ein Prozent keine Angabe über die Konfession macht, liegen in der Statistik der CDU von 17,3 Prozent der Mitglieder keine Angaben vor. Entsprechend kleiner sind die Anteile der Protestanten mit 30,7 und der Katholiken mit 48,3 Prozent. Inzwischen gibt es sehr viele Mitglieder, die beim Eintritt keine Angaben zum konfessionellen Bekenntnis mehr machen. So haben 41,2 Prozent der neuen Mitglieder in 2014 keine Angabe zu ihrer Konfessionszugehörigkeit gemacht.

Abbildung 41: Konfessionszugehörigkeit.

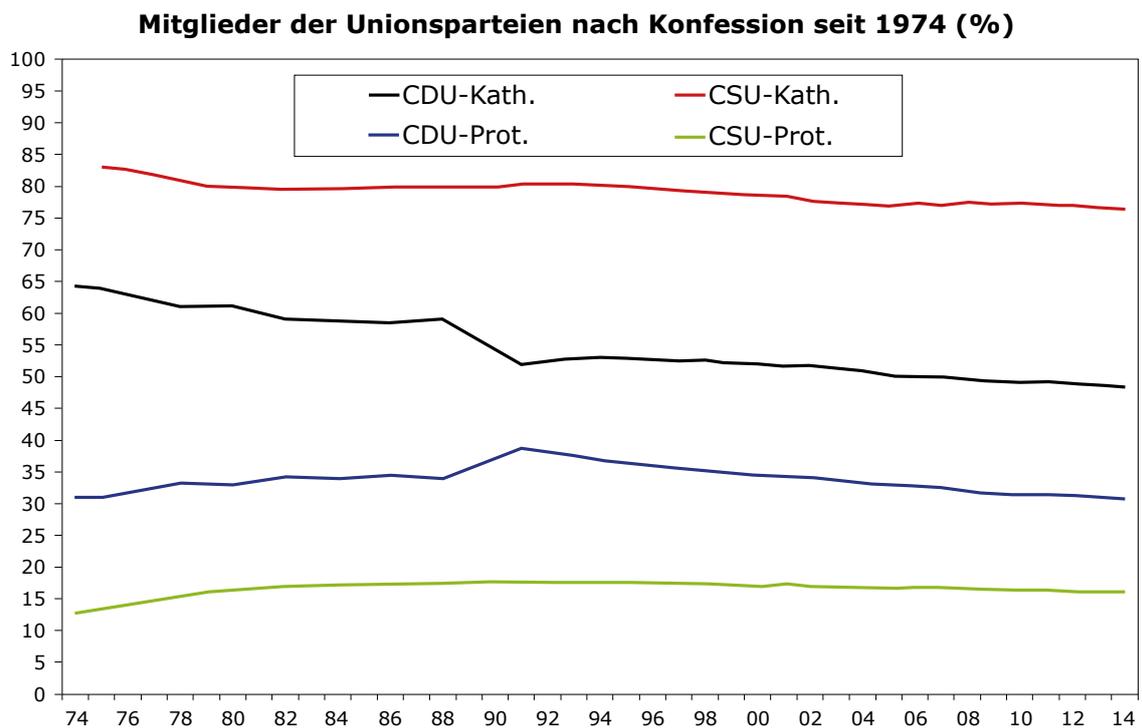


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Im Vergleich zur Bevölkerung² sind die konfessionell Gebundenen in der CDU überrepräsentiert. Diese Zahlen weichen von den in der Umfrage berichteten Angaben ab, da sich vermutlich auch Befragte, die aus der Kirche ausgetreten sind, einer Konfession zugehörig fühlen.

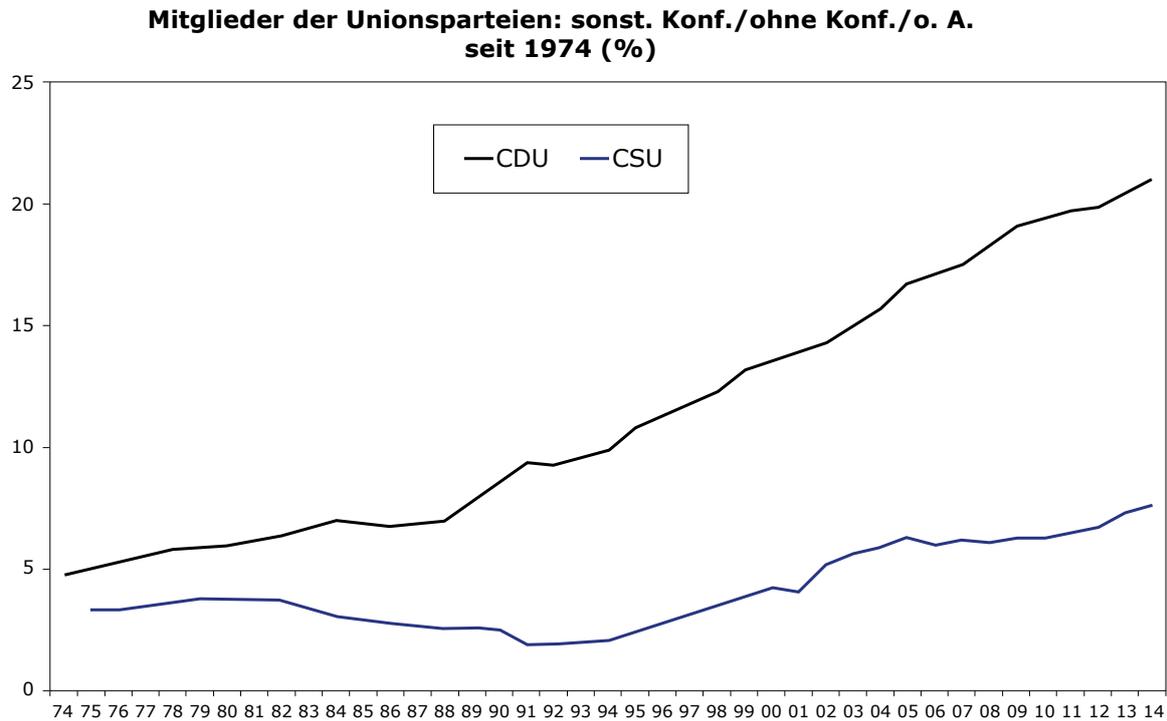
Die Veränderung der konfessionellen Sozialstruktur der Unionsparteien ist ein Hinweis auf eine allmähliche Annäherung der CDU-Mitglieder an die Bevölkerung. Nach wie vor sind die Unionsparteien vor allem die Parteien der katholischen Christen. Durch die Wiedervereinigung wurde die CDU hingegen evangelischer. Zugleich nimmt der Anteil der konfessionslosen Mitglieder – bzw. der Mitglieder, die auf dem Eintrittsformular keine Angaben machen – langsam aber stetig zu.

Abbildung 42: Konfessionszugehörigkeit der Mitglieder in den Unionsparteien.



Quelle: Niedermayer, Oskar: *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015*.
Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 25, FU Berlin 2015.

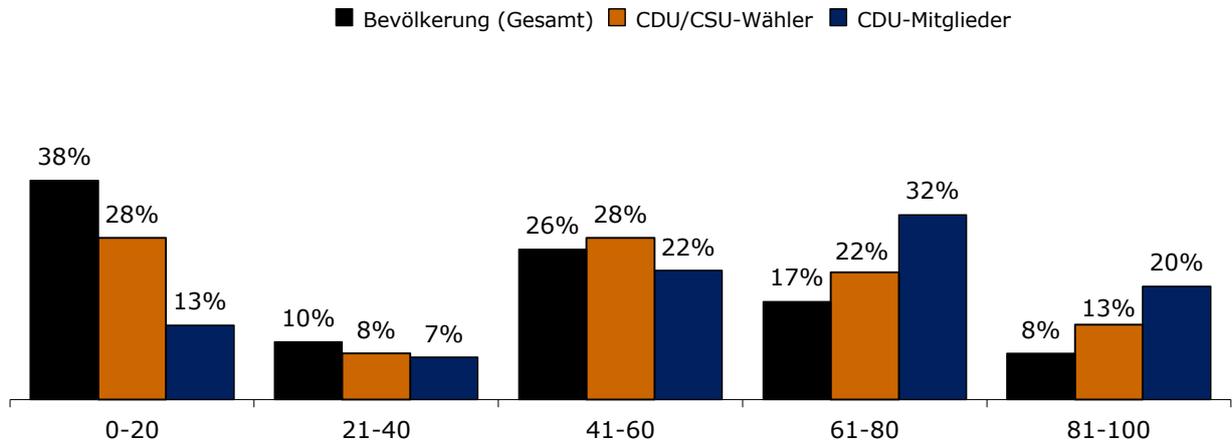
Abbildung 43: Konfessionszugehörigkeit der Mitglieder in den Unionsparteien.



Quelle: Niedermayer, Oskar: *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015*.
Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 25, FU Berlin 2015.

Individuelle Religiosität ist unabhängig von der formalen Mitgliedschaft in einer Kirche. Es kann viele Gründe geben, aus einer Kirche auszutreten, die keinen Einfluss auf den Glauben haben. Um diese Differenzierung zu erfassen, wurden die Mitglieder und die Bevölkerung gebeten, auf einer Skala von 0 - 100 anzugeben, wie religiös sie sind. Die Unterschiede sind frappierend. In der Bevölkerung stuften sich 38 Prozent als nicht oder sehr schwach religiös ein. Der Anteil der CDU-Mitglieder beträgt 13 Prozent. Die CDU-Wähler liegen zwischen Bevölkerung und Mitgliedern in mittlerer Position. Sie sind weniger religiös als die Mitglieder, jedoch stärker als die Bevölkerung. Bei den Mitgliedern gibt es einen linearen Zusammenhang nach Altersgruppen: Je jünger die Mitglieder sind, umso weniger religiös stuften sie sich ein.

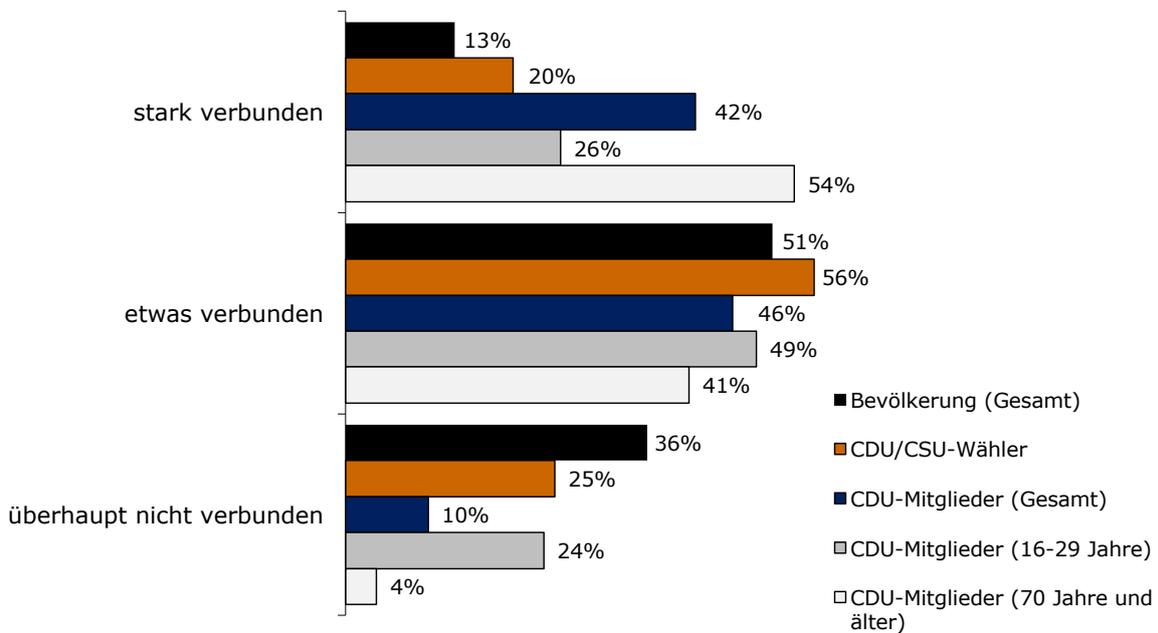
Abbildung 44: Religiosität auf einer Skala von 0 - 100.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Bei der Kirchengangshäufigkeit und der Verbundenheit mit den Kirchen existiert das gleiche Muster zwischen den Vergleichsgruppen: Je jünger die Mitglieder, desto seltener gehen sie in die Kirche und umso geringer ist die Verbundenheit mit der Kirche. Die Jungen sind näher am Verhalten und der Einstellung der Bevölkerung als der Durchschnitt der Mitglieder. Die Wähler nehmen wiederum zwischen Mitgliedern und Bevölkerung eine mittlere Position ein.

Abbildung 45: Verbundenheit mit den Kirchen.

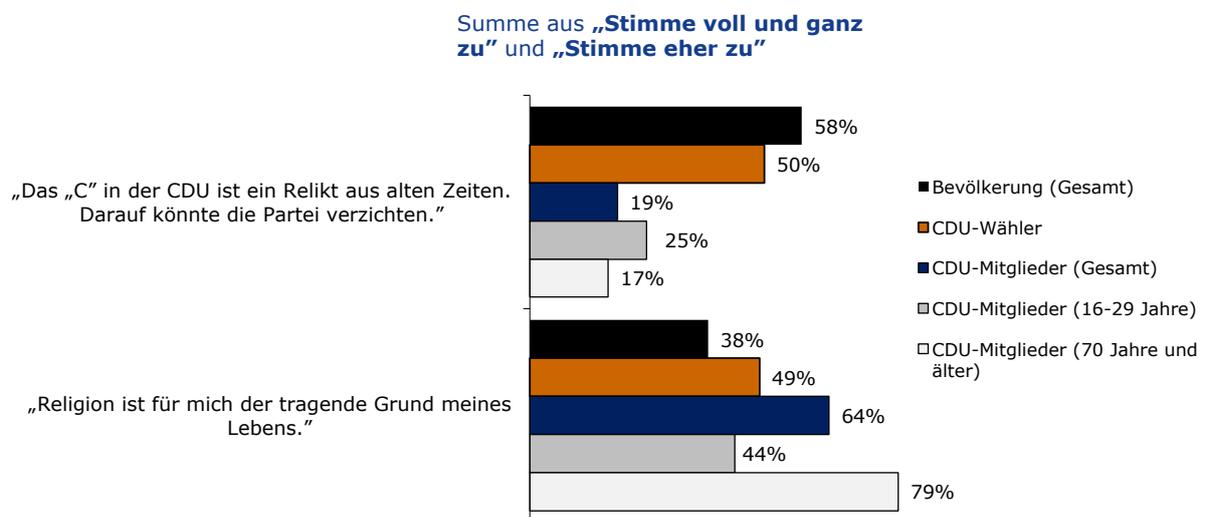


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Ein weiterer Befund verdeutlicht Unterschiede zwischen den Einstellungen der Parteimitglieder, der Bevölkerung und den Unionsanhängern. Während in der CDU – altersunabhängig – christliche Werte eine sehr hohe Relevanz besitzen, ist die Bedeutung des „C“ in der Bevölkerung und der Wählerschaft geringer. 58 Prozent der Bevölkerung und die Hälfte der CDU/CSU-Wähler sind der Ansicht, das „C“ sei ein Relikt aus alten Zeiten und die Partei könne darauf verzichten. In der CDU ist das eine Minderheitenmeinung. Dennoch macht die Säkularisierung auch vor der CDU-Mitgliedschaft nicht halt.

38 Prozent der Bevölkerung und 49 Prozent der CDU/CSU-Wähler sagen von sich selbst, Religion sei der tragende Grund ihres Lebens. Die jüngeren Mitglieder stimmen dem mit 44 Prozent zu. Mit einer Zustimmung von 79 Prozent unterscheiden sich die älteren CDU-Mitglieder hier klar von allen anderen Gruppen.

Abbildung 46: Religiöse Grundhaltung.



Vierstufige Skala (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu)

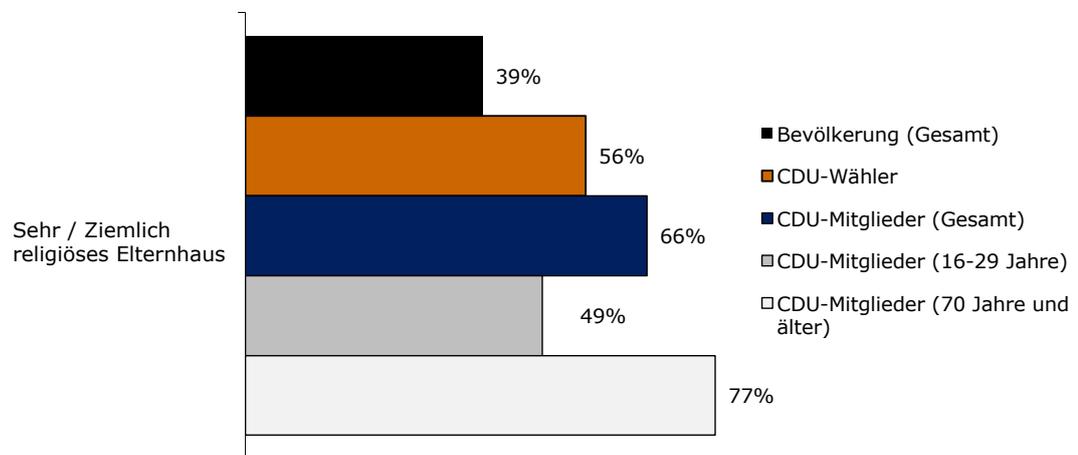
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

- 1| Stichtag: 31.12.2014.
- 2| Mitglied in der CDU kann man erst mit 16 Jahren werden, sodass der Bevölkerungsvergleich nur eingeschränkt richtig ist. Doch dürften die Verzerrungen gering sein, da auch in den Kirchen die Mitgliederzahl bei den jüngeren Jahrgängen abnimmt.

RELIGIÖSE GRUNDHALTUNG

Die schleichende Säkularisierung der Bevölkerung findet ihren Niederschlag in weiteren Merkmalen, die allmählich in der CDU sichtbar werden. Viele CDU-Mitglieder wie auch große Teile der Bevölkerung haben durch das Elternhaus keine religiöse Sozialisation erfahren. Gerade einmal 39 Prozent aller Befragten geben an, dass Kirche und Religion im Elternhaus eine Bedeutung hatten. Bei den CDU/CSU-Wählern beträgt der Anteil 56 Prozent. Auch hier fällt wieder die Kluft zwischen älteren und jüngeren Mitgliedern auf: 49 Prozent der Jüngeren stammen aus einem religiösen Elternhaus. Bei den älteren Mitgliedern haben 77 Prozent eine religiöse Sozialisation im Elternhaus erfahren.

Abbildung 47: Religiöses Elternhaus.



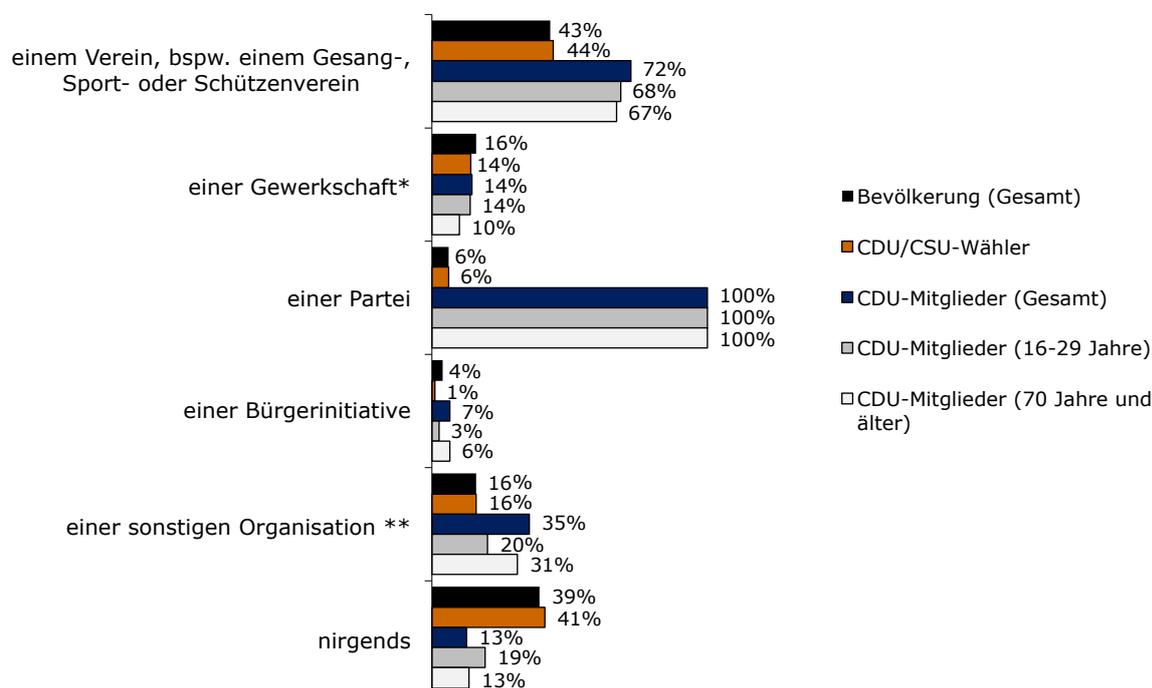
Vierstufige Skala (sehr, ziemlich, weniger, überhaupt nicht religiöses Elternhaus); Dargestellt sind die Anteile für „sehr religiöses“ + „ziemlich religiöses“ Elternhaus

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

DIE SOZIALSTRUKTUR DER CDU-MITGLIEDER

Mitglieder der CDU sind im Vergleich zur Bevölkerung und zu den Wählern der Union überdurchschnittlich häufig auch Mitglied in Organisationen und Vereinen. Bei Mitgliedschaften in Gewerkschaften und Bürgerinitiativen sind die Unterschiede beider Gruppen gering. Das Alter der CDU-Mitglieder hat keinen Einfluss auf Mitgliedschaften außerhalb der Partei.

Abbildung 48: Mitgliedschaften.



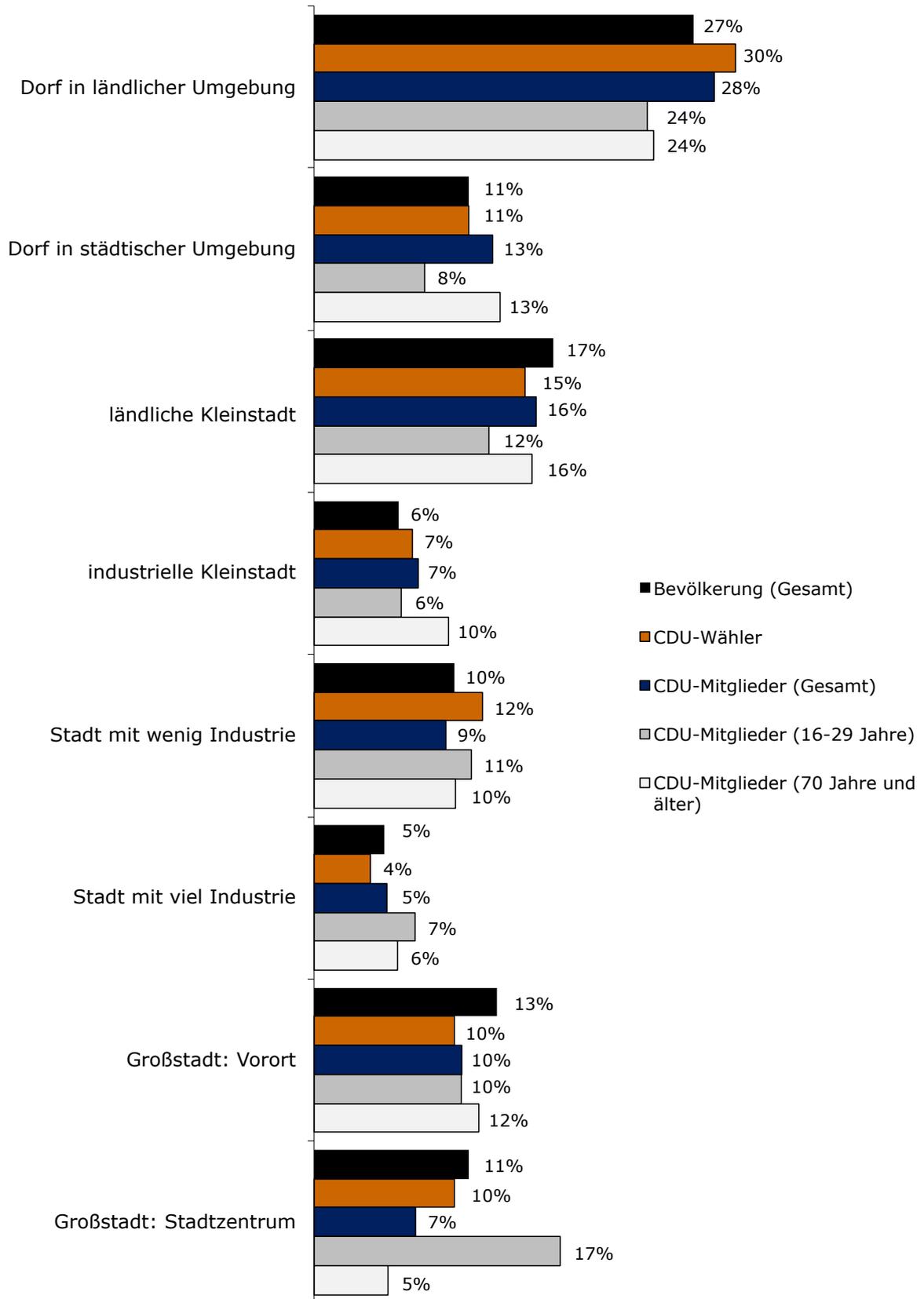
* Veränderte Antwortmöglichkeit bei den CDU-Mitgliedern: „einer Organisation (z.B. Gewerkschaft)“;

** Veränderte Antwortmöglichkeit bei den CDU-Mitgliedern: „sonstige Organisation/Verband (auch Berufsverbände)“

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Die räumliche Verteilung der Mitglieder, der CDU-Wähler und der Bevölkerung weicht nur geringfügig voneinander ab. Nur eine Abweichung fällt ins Auge: Die jüngeren CDU-Mitglieder wohnen häufiger als der Durchschnitt in großstädtischen Stadtzentren, was vermutlich ihrer Ausbildungssituation geschuldet ist.

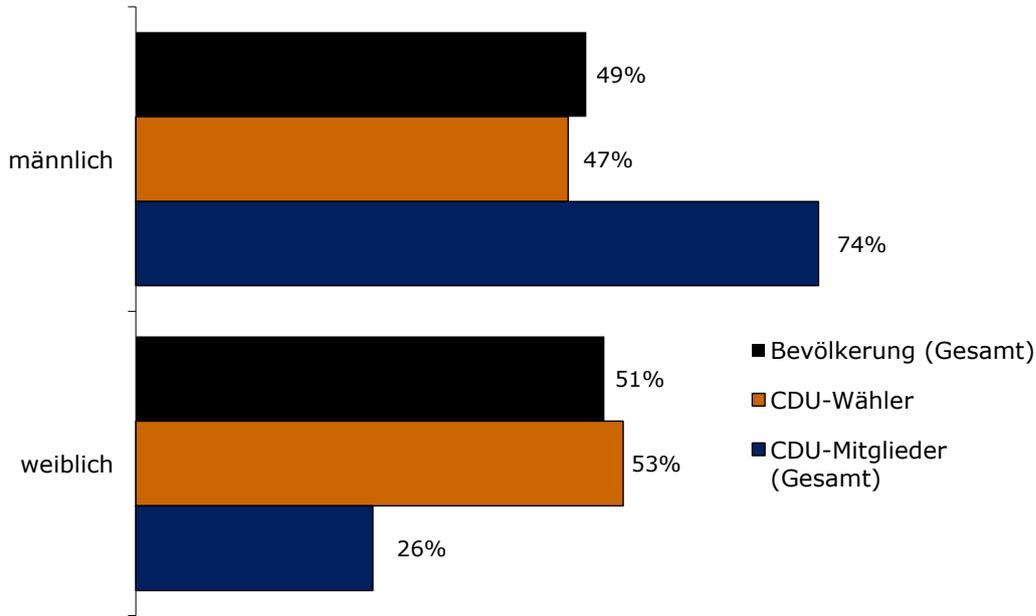
Abbildung 49: Lage des eigenen Wohnortes.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Die CDU hat schon immer einen Männerüberhang. Dieser ist im Großen und Ganzen stabil. Etwa drei Viertel der CDU-Mitglieder sind männlich. Bei den Wählern findet sich ein kleiner Frauenüberhang, der ebenfalls für die Unionsparteien nicht ungewöhnlich ist. Seit den 1950er Jahren (seit dieser Zeit gibt es präzise Daten) gewinnt die Union in der Regel mehr weibliche als männliche Stimmen.

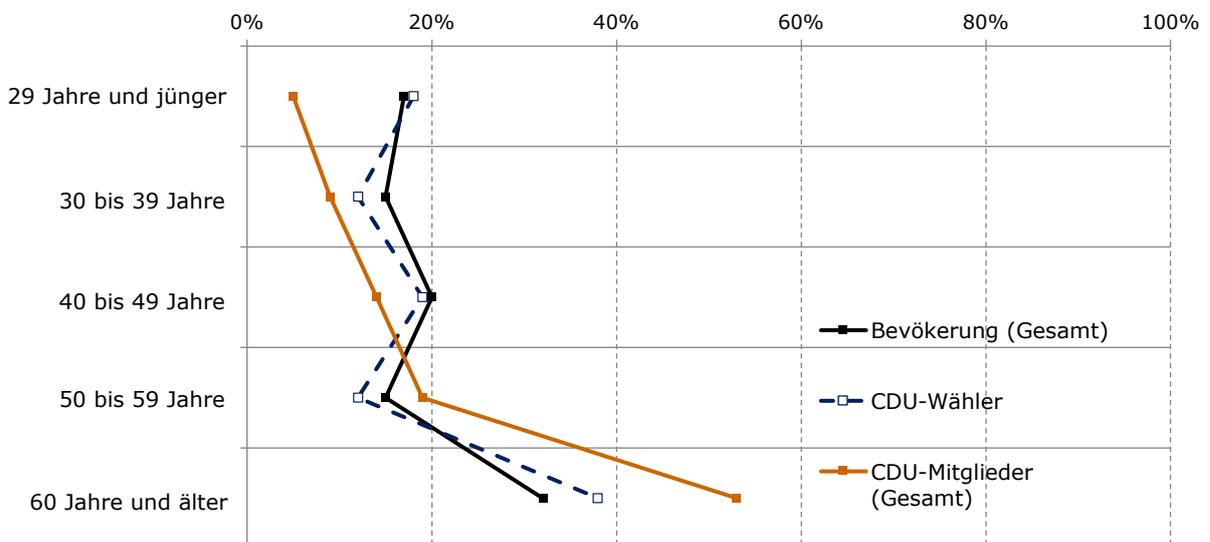
Abbildung 50: Geschlecht.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Mitglieder einer Partei sind generell älter als der Durchschnitt der Bevölkerung. Nimmt man dagegen die Mitglieder, Unionswähler und die Bevölkerung in der Verteilung nach Altersgruppen, relativieren sich die Unterschiede durch den demographischen Wandel in den Altersgruppen bis 59 Jahre. Hier sind die Differenzen geringer als häufig vermutet. Erst der hohe Anteil der über 60-Jährigen ergibt im Vergleich zu Wählern und Bevölkerung eine deutliche Verzerrung.

Abbildung 51: Altersstruktur.

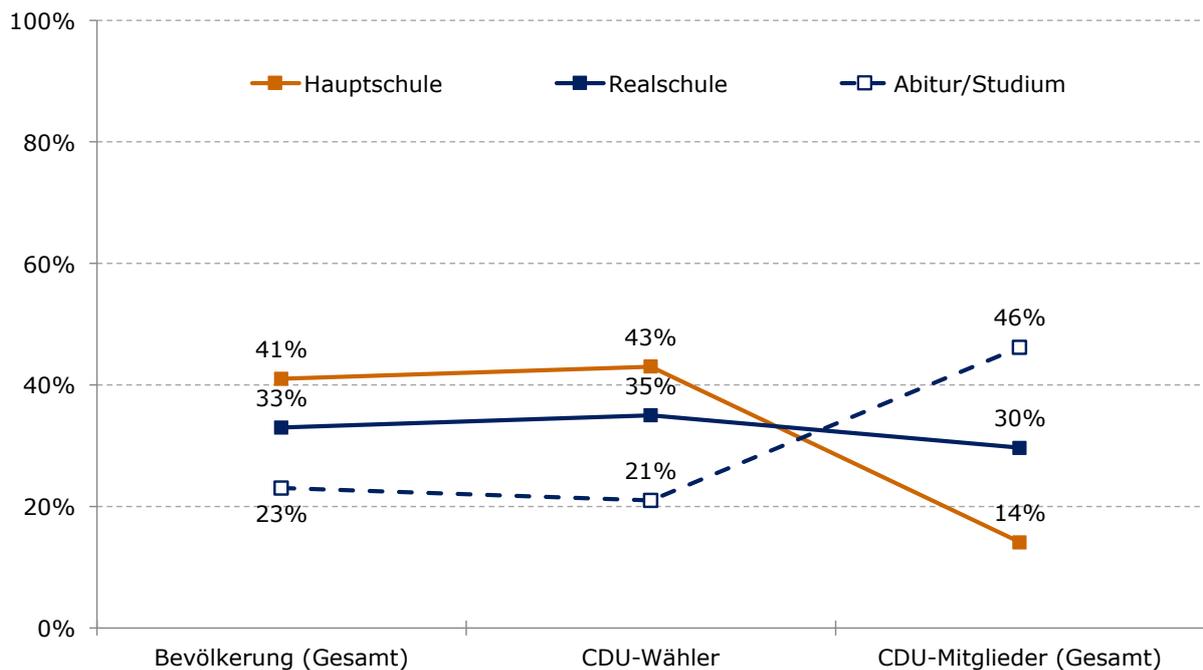


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Mitglieder von Parteien verfügen, so ein klassischer Befund der Wahlforschung, über eine überdurchschnittliche Ausstattung an Ressourcen: Sie verfügen über ein höheres Bildungs- und Einkommensniveau und ein größeres Zeitbudget. Auch dies ein altbekannter Befund: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst sind in Parteien überdurchschnittlich stark repräsentiert.

Das Bildungsniveau der CDU-Mitglieder liegt deutlich über dem der Unionswähler und der Bevölkerung. Wähler und Bevölkerung weisen eine weitgehend ähnliche Bildungsstruktur auf. Bei den Mitgliedern ist die Verteilung des hohen und des niedrigen Bildungsniveaus disproportional zur Bevölkerung. Das mittlere Bildungsniveau ist etwa gleich verteilt.

Abbildung 52: Bildungsniveau.

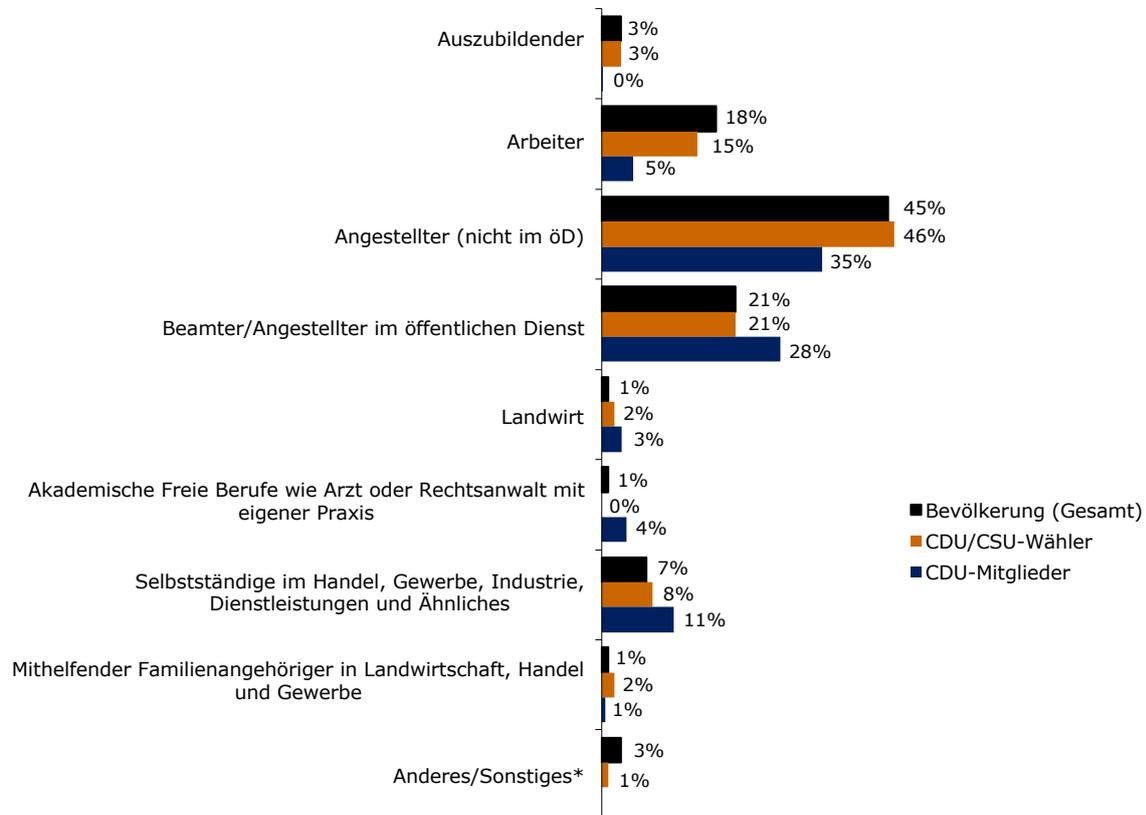


Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Dagegen fallen die Unterschiede in den drei Gruppen (Bevölkerung, Wähler und CDU-Mitglieder) in der Frage nach der Art des beruflichen Status geringer aus als vermutet. Zwar sind Arbeiter und Angestellte (nicht Öffentlicher Dienst) unter- und Beamte/Angestellte im Öffentlichen Dienst überrepräsentiert, jedoch die Differenzen nicht allzu groß. Auch Landwirte und Selbstständige weichen von den Wählern und der Bevölkerung nur gering ab.

Abbildung 53: Beschäftigungsverhältnis.

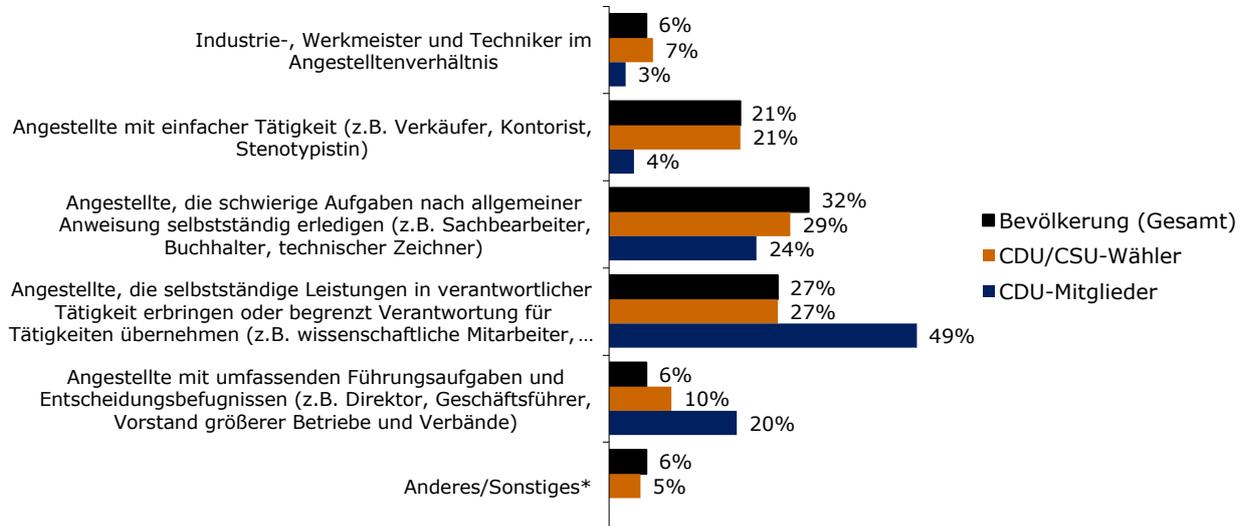
Nur aktuell oder früher Beschäftigte



Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe/Fehleingabe
 * Diese Antwortmöglichkeit wurde bei der CDU-Mitgliederumfrage nicht abgefragt

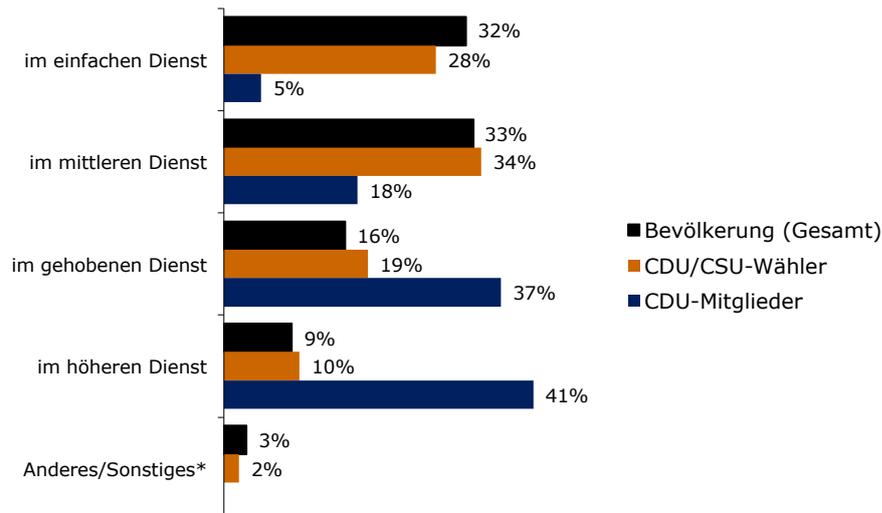
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Differenziert man jedoch innerhalb der Gruppe der Angestellten im nicht Öffentlichen Dienst und der Beamten/Angestellten im Öffentlichen Dienst, haben Parteimitglieder höhere berufliche Positionen inne, was auch dem Bildungsniveau entspricht.

Abbildung 54: Beschäftigungsverhältnis.**Nur Angestellte, die nicht im Öffentlichen Dienst tätig sind**

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe/Fehleingabe
 * Diese Antwortmöglichkeit wurde bei der CDU-Mitgliederumfrage nicht abgefragt

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

Abbildung 55: Beschäftigungsverhältnis.**Nur Beamte oder Angestellte im Öffentlichen Dienst**

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe/Fehleingabe
 * Diese Antwortmöglichkeit wurde bei der CDU-Mitgliederumfrage nicht abgefragt

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., CDU-Mitgliederumfrage 2015

KOMMENTARE DER MITGLIEDER

Am Ende des Fragebogens hatten die Befragten die Möglichkeit eines Kommentars. Davon wurde mannigfach Gebrauch gemacht. Es gibt wohl kein Thema, zu dem nichts angemerkt wurde. In vielen Äußerungen ging es um eigene Positionen, um frühere Haltungen oder ehrenamtliches Engagement. Manche der Kommentatoren gaben tiefere Einblicke in ihre Biografie. Mit Lob und Kritik an der CDU und der Umfrage wurde nicht gespart.

Der Kurs der CDU, ihre Organisationsstruktur und das innerparteiliche Leben wurden ebenfalls breit angesprochen. Allein aus den Kommentaren ist ersichtlich, dass es DIE CDU nicht gibt und sehr unterschiedliche Facetten und Meinungen in der Partei repräsentiert sind.

Die Kommentare waren so vielfältig und heterogen, dass eine systematische Analyse nicht möglich ist.

ZUSAMMENFASSUNG

In den 1960er und 1970er Jahren hatten CDU und SPD einen steilen Anstieg ihrer Mitgliederzahl. Die Anzahl der Mitglieder beider Parteien schrumpft etwa seit den frühen 1980er Jahren recht konstant. Gesellschaft und Parteien ergrauen schleichend.

In dieser Studie steht nicht die Entwicklung des Parteiensystems im Vordergrund, sondern die innerparteiliche Situation der CDU. Die Einstellungen der CDU-Mitglieder werden zudem mit denen der Bevölkerung und der CDU-Anhänger verglichen.

Die CDU-Mitglieder haben im Zeitverlauf ein anderes Selbstbild ihrer Mitgliedschaft entwickelt. Bis in die 1990er Jahre sahen sich Mitglieder eher in der Rolle einer „Karteileiche“. Mittlerweile sehen sich große Teile der Mitglieder nicht nur als passive Unterstützer, sondern als aktive Mitarbeiter. Jüngere Mitglieder kommen daher eher aus eigenem Antrieb in die Partei. Das politische Umfeld und die politische Sozialisation haben eine nachlassende Bedeutung.

Weltanschauliche Überzeugungen sind nach wie vor maßgeblich für den Eintritt. Die Partei wird als politische Heimat empfunden, die die eigenen Werte widerspiegelt. Eine sehr große Rolle spielen altruistische Motive, in deren Kern ein Staatsbürgerverständnis steht, das den aktiven Bürger im Mittelpunkt sieht. Die Zuschauerdemokratie ist kein Leitbild von Parteimitgliedern. Die politische Gestaltung vor Ort und die Lösung gesellschaftlicher Probleme beeinflussen das Engagement. So kommen die Mitglieder aus einer Mischung von weltanschaulichen, politischen und inhaltlichen Gründen, haben aber auch gesellige und soziale Erwartungen.

In vielen Einschätzungen unterscheiden sich die Mitglieder der CDU von der Anhängerschaft, in vielen anderen Bereichen sind die Ansichten fast deckungsgleich. So stehen beide Gruppen Diskussionen, welche die Geschlossenheit der CDU gefährden, skeptisch gegenüber.

Mitglieder orientieren sich stark an Grundwerten, während in der Bevölkerung und der Wählerschaft der Problemlösung eine höhere Priorität eingeräumt wird. Ältere CDU-Mitglieder betonen das christliche Welt- und Menschenbild als Grundlage politischen Handelns.

In der Bewertung von Kosten und Nutzen einer Parteimitgliedschaft gibt es bei Mitgliedern, Anhängern und der Bevölkerung weitgehende Übereinstimmung, wobei die Bevölkerung unterschätzt, dass es Spaß machen kann, sich im Wahlkampf zu engagieren. Dass Engagement auch ermüdend sein kann, wird anerkannt, ebenso wie die Möglichkeit, interessante Menschen kennenzulernen.

CDU-Mitglieder finden Online-Aktivitäten weniger attraktiv als Offline-Aktivitäten.

Mitglieder aller Parteien unterscheiden sich in ihren politischen Einstellungen von Wählern dieser Parteien. Dies zeigt sich auch bei der CDU.

Innerhalb der Mitgliedschaft der CDU gilt die Partei als kompetent, wirtschaftsnah und glaubwürdig. Sie kann Probleme lösen, ist verlässlich und hat ein christliches Menschenbild.

Die Sozialstruktur der CDU-Mitglieder verändert sich infolge des gesellschaftlichen Wandels sukzessive. Dies zeigt sich bei den jüngeren Mitgliedern deutlich. Es wirkt sich aber auf die gesamte Zusammensetzung der CDU-Mitgliedschaft noch nicht sichtbar aus, da es mehr ältere als jüngere Mitglieder gibt. Auch wenn die Mitglieder säkularer werden, bleibt die Relevanz des „C“ für alle Mitglieder sehr hoch.

ANHANG – METHODISCHES VORGEHEN

Die repräsentative CDU-Mitgliederumfrage

Die Umfrage wurde mit einem schriftlich standardisierten Fragebogen – analog zur Mitgliederumfrage von 2006 – durchgeführt. Jedem ausgewählten CDU-Mitglied wurde ein Papierfragebogen inklusive eines vorfrankierten Rückkuverts zugeschickt. Die Fragebögen waren nicht nummeriert. Eine Zuordnung der Fragebögen zu den einzelnen Befragungspersonen war dadurch nicht möglich. Da auch im Fragebogen keine Merkmale abgefragt wurden, die Rückschlüsse auf die Identität Einzelner zuließen, war die Umfrage absolut anonym.

Nach etwa der Hälfte der Feldzeit wurde eine „Danke“-Erinnerungspostkarte an alle geschickt, mit der sich für die Teilnahme bedankt wurde und diejenigen, die bisher noch nicht geantwortet hatten, an die Befragung erinnert wurden.

Für Rückfragen der Mitglieder standen eine eigene E-Mail-Adresse und eine Telefonnummer zur Verfügung.

Die Feldzeit begann am 13. Februar 2015 (Versand der Fragebögen) und endete am 13. April 2015.

25.000 Adressen wurden von der Union-Betriebs-GmbH (ubg) gezogen. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte nach einer reinen Zufallsauswahl.

Die Anzahl gültiger Interviews liegt bei 6.981. Dies entspricht einer Ausschöpfung von 27,9 Prozent, was für eine Organisationsbefragung ein guter Wert ist. Insgesamt gingen 7.249 Fragebögen ein. Aufgrund von fehlenden Angaben bei Alter und Geschlecht konnten nicht alle Fragebögen ausgewertet werden.

Die Erfassung der Fragebögen erfolgte durch doppelte Eingabe, d. h. jeder Fragebogen wurde von zwei verschiedenen Mitarbeitern erfasst und die Eingaben wurden softwaregestützt miteinander verglichen. Im Falle von Differenzen wurden diese anschließend von einer dritten Person durch Vergleich mit dem Originalfragebogen abgeglichen und korrigiert.

Die Angaben in der Mitgliederstatistik der CDU sind in drei Merkmalen belastbar: Alter, Geschlecht und Bundesland. Die ausgefüllten Fragebögen weisen bei diesen Merkmalen eine hohe Übereinstimmung mit der Struktur der CDU-Mitgliederstatistik auf, allerdings waren die Abweichungen bei den Merkmalen Alter und Geschlecht doch so groß, dass die Daten geringfügig gewichtet wurden.

Das Institut Mauss Research hat die technische Umsetzung durchgeführt und den SPSS-Datensatz angelegt. Erste analytische Auswertungen sowie die Graphiken wurden von Mauss Research erstellt.

Die qualitative Umfrage: Parteimitglieder aller Parteien und zivilgesellschaftlich Engagierte

In 87 Tiefeninterviews wurden 57 Mitglieder der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD interviewt. 30 Interviews wurden mit zivilgesellschaftlich Engagierten durchgeführt. Die Interviews dauerten etwa eine Stunde und wurden anhand eines strukturierten Leitfadeninterviews

entweder telefonisch, vor Ort oder in Studios durchgeführt. Die Auswahl der Befragten erfolgte mittels eines vom Institut GMS geleiteten Screening-Prozesses mit festgelegten Quotierungsmerkmalen. Die Feldforschung fand vom 29. September bis zum 14. November 2014 statt. Die Feldarbeit, Transkription und Codierung (MAXQDA) erfolgte durch die Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Dr. Jung GmbH GMS. Die Ergebnisse wurden von Benjamin Höhne (2015) publiziert.

Die repräsentative Bevölkerungsumfrage

In der Zeit vom 12. Juni bis zum 3. Juli 2015 wurden 2.001 Telefoninterviews geführt. Die Basis ist eine repräsentative Zufallsstichprobe bei wahlberechtigten Deutschen ab 18 Jahren. Als Methode wurde eine kombinierte Festnetz- und Mobilfunkstichprobe gewählt (CATI, Dual-Frame im Verhältnis 70:30). Die Feldarbeit lag beim Institut TNS Emnid.

LITERATUR

Bürklin, Wilhelm P./Neu, Viola/Veen, Hans-Joachim, 1997: Die Mitglieder der CDU, Sankt Augustin.

Evangelische Kirche in Deutschland, 2016: Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben, <https://www.ekd.de/statistik/105153.html>.

Falke, Wolfgang, 1982: Die Mitglieder der CDU, Berlin.

Höhne, Benjamin, 2015: Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Sankt Augustin/Berlin.

Jun, Uwe/ Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.), 2009: Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen.

Merz, Nicolas/Regel, Sven, 2013: Die Programmatik der Parteien, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 211-240.

Neu, Viola, 2007: Die Mitglieder der CDU. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin.

Neu, Viola, 2009: Sozialstruktur und politische Orientierungen der CDU-Mitglieder 1993-2006, in: Jun, Uwe/ Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.), Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen, S. 159-186.

Niedermayer, Oskar 1989: Innerparteiliche Partizipation, Opladen.

Niedermayer, Oskar, 2013: Parteimitgliedschaften, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 147-177.

Niedermayer, Oskar, 2015: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 25, Berlin.

Rohrbach, Katharina, 2013: Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Parteibeitritts, der Aktivität und des Parteiaustritts, Frankfurt.

Seyd, Patrick/Whiteley, Paul F., 1992: Labour's Grass Roots. The Politics of Party Membership, Oxford.

Spier, Tim, 2011: Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien, in: Spier, Tim/Klein, Markus/von Alemann, Ulrich/Hoffmann, Hanna/Laux, Annika/ Nonnenmacher, Alexandra/ Rohrbach, Katharina (Hrsg.), 2011: Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden, S. 121-138.

Veen, Hans-Joachim/Neu, Viola, 1995: Beteiligung in der Volkspartei - Erste Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung unter CDU-Mitgliedern, Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung 113/1995, Sankt Augustin.

Wiesendahl, Elmar, 2006: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.

Wiesendahl, Elmer/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar, 2009: Die Zukunft der Mitgliederparteien auf dem Prüfstand, in: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.), Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen.

DIE AUTORIN

Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung sowie seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung und seit 2017 zusätzlich stellvertretende Leiterin in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Thomas Köhler
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49-(0)30-26996-3550
E-Mail: thomas.koehler@kas.de*

*Dr. Viola Neu
Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung
und Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Telefon: +49-(0)30-26996-3506
E-Mail: viola.neu@kas.de*

*Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin*



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de

